

Montag, den 22. Juni 1925.

Einzelnummer 10 Goldpfennige

36. Jahrgang. — Nr. 142



für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Kundschau“, „Für die Frauen“ und der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

**Bezugspreis:** Die „Vollmarke“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Edition: Blücherstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Vollmarke“, Neue Gravenstraße Nr. 5, durch die Zweigstelle, Bergengasse 9, und durch die Ausgabe, Bergengasse 9, sowie durch alle Buchläden, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,50 Goldmark.

**Abonnementpreis:** 120 Goldmark für geschäftliche Anzeigen aus Geschäften, 70 Pf. Stellmacherbote 10 Pf. Familienangebote 17 Pf. Briefe unter 20 Pf. Verhandlungen und Wohnungsmietanzeigen 2 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf. des seite Wort 4 Pf. Anzeigen für die Arbeitsschule müssen die normale 11 Uhr (1 Tag doppelt) in der Hauptverwaltung Blücherstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

**Organ für die werktätige Bevölkerung**

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Dresden 2  
Vertrieb und Anschaffung: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.  
Postamt-Direktion: Postamt Dresden Nr. 5852.

# Vermeidung des polnischen Zollkriegs?

## Nochmalige Misserfolgsmöglichkeit im deutsch-polnischen Konflikt.

Aus Warschau wird gemeldet:

Das politische Komitee des Ministerates erließ die Verordnung Instruktionen für die Fortführung der Verhandlungen. Laut halbamtlichem Kommunikat wird der Abschluss eines rein wirtschaftlichen Provisoriums angestrebt. Zugleich wird bekannt, daß die Verordnung über Einfuhrverbote für deutsche Waren in der nächsten Nummer des Gesetzblattes erscheinen soll.

Im Falle des Inkrafttretens dieser Verordnung würde sich die deutsche Reichsregierung laut Diktat zum Abbruch der Verhandlungen genötigt sehen.

Zwischen der Tschechoslowakei und Polen haben Ende der letzten Woche Ausgleichsverhandlungen stattgefunden, deren Ziel der Wiederaufbau der polnischen Zollabschöpfung ist, welche sie sich gegen die Tschechen auswirken. Der polnische Ministerrat hat dementsprechend bereits einige Ermäßigungen vorgenommen.

Die polnisch-sozialistische Presse wendet sich jetzt gegen weitere militärische Zollabschöpfungen der Warschauer Regierung und findet damit auch außerhalb der polnischen Arbeiterschaft breiteste Zustimmung. Andererseits weisen selbst die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ am Sonnabend ausdrücklich auf die große Bedeutung der Ausfuhr nach Wien für die öst- und mitteldeutsche Wirtschaft hin. Durch drohende Kampfbereitschaft und machtbildende Bedrohung einer Wirtschaftsverschärfung für die Entwicklung deutscher Einflusses wird in diesem Artikel nur noch schwer verdeckt, daß jetzt rechtstreuende Wirtschaftskräfte vor dem Wirtschaftskrieg warnen.

## Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen vor einer Entscheidung.

Paris, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen erwartet man, nachdem es in Luxemburg zu einer Einigung zwischen den Schwerindustrien der beiden Länder gekommen ist (Die Wichtigkeit, Red.), für nächsten Montag die definitive Entscheidung. Die beiden Delegationen werden an diesem Tage zu einer neuen Plenarversammlung zusammenkommen, um zu verhüten, daß in Luxemburg genommene Provisionen endgültig festzulegen. Ob das gelingen wird, darüber gehen die Aussichten der unterrichteten Kreise stark auseinander. Tatsache ist jedenfalls, daß bei einer großen Anzahl von Tarifpositionen die beiderseitigen Zugeständnisse noch beträchtlich voneinander entfernt sind und daß es noch keiniges Entgegenkommen von beiden Seiten bedarf, um die noch vorhandenen Differenzen innerhalb weniger Tage zu überbrücken. Tatsache ist andererseits, daß wenn es nicht noch in der ersten Hälfte der nächsten Woche zu einer definitiven Verständigung kommen sollte, nicht mehr darauf gerechnet werden kann, daß das französische Parlament die betreffenden Abmachungen noch vor dem Beginn der Sitzungen ratifizieren wird und daß in diesem Falle die Verhandlungen der beiden Delegationen auf später verlagert werden müssen.

Im Aufwertungsausschuß des Reichstags brachten die Vertreter der Sozialdemokratie Sonnabend verschiedene Anträge ein, die bezwecken:

1. den Auschluß des fast durchweg im Wege der Spekulation erworbenen Reubaus von der geplanten Umwandlung;
2. die Umwandlung der Reichsanleihen nicht auf 5, sondern auf 20 Prozent;
3. Verkürzung der auf 20 Prozent herabgesetzten Schuld mit 5 Prozent Erhöhung des Zinsfaches auf 25 Prozent, wenn das Einkommen des Gläubigers einschließlich seines Rentenbezuges 1600 Mark nicht übersteigt. Verkürzung des Rentenanspruchs, soweit das Einkommen einschließlich der Rente 10 000 Mark übersteigt;
4. Tilgung der umgedankelten Anleihen binnen 40 Jahren durch Auslösung; der Gläubiger mit einem Einkommen unter 1600 kann auf sein Auslösungsrecht verzichten zur Erfahrung einer um 5 Prozent, wenn er über 60 Jahre alt ist, einer um 10 Prozent höheren Rente;
5. Deklaration des zur Durchführung dieser Grundfaile erforderlichen Bedarfs durch eine Sondersteuer von den Vermögen, die in der Kriegs- und Friedenszeit neu entstanden sind, einen Zuwachs erfahren oder sich nicht wesentlich vermehrt haben und von den Gewinnen aus Grundstückserwerbungen.

Die Anträge wurden von den Genossen Keil und Dr. Lebere begründet. Die Abstimmung findet am Dienstag statt.

Die Beratung des Zollvorlage im Reichstag sollte ursprünglich am Montag, den 22. Juni, beginnen. Da am Sonnabend nachmittag die Zollvorlage über den Reichstagabgeordneten als Drucksache noch nicht ausgetragen war, ist auf die Fortsetzung der Montag-Sitzung zunächst nur die Fortsetzung der kriegerischen Gutsberatungen geplant worden. Man rechnet damit, daß der Druck der Zollvorlage erst am Sonntag den Reichstag abgeordneten zugesehen wird.

## Trentagh-Loringhovens Sabotage der Garantiepaß-Verhandlungen.

Während die deutschnationalen Reichsminister Schiel, Neuhaus usw. dem Garantiepaß-Angebot der Reichsregierung befannlich zugestimmt haben, hat der rechte Flügel der Deutschnationalen diese Stellungnahme der eigenen Parteiminister als schwere Belastung seiner nationalen Präzesspolitik empfunden. Immerhin fühlt sich selbst ein Mann wie Trentagh-Loringhoven durch das Angebot der Rechtsregierung wenigstens formell so weit gebunden, daß er jetzt in der „Schlesischen Tagespost“ zur Fortsetzung der Verhandlungen rät. Sachlich wünscht er aber, wie er offen ausspricht, durch dieses formale Einigungsangebot nur die Zerschlagung des ganzen völkerrechtlichen Einigungsversuchs, da er meder die nochmalige Festlegung auf die Versailler Grenzen noch den „vorbehaltlosen“ Eintritt in den Völkerbund für erträglich hält. Wie leicht ist in diesen Sabotagepolitik der deutschnationalen Scharfmacher ist, zeigt folgender Satz aus dem Artikel Trentagh-Loringhovens:

Die Gewährleistung unserer Grenzen durch Frankreich ist für uns bedeutungslos, da Frankreich bereits alles da verfügt, was es je erlangt hat.

Ein solches Zeugnis über Gewissheit hat sich der französische Imperialismus wohl noch selten zu verschaffen gewußt, wie er es hier von seinem Gegenspieler in Deutschland erhält. Hält gegen völkerrechtliche Bindungen führt Trentagh geradezu zu Vertrauen auf Poincaré, zum Vertrauen, daß nie ein Ruhreinbruch wiederholt werde! Ob die deutschnationalen Minister ebenso verantwortungslos an den Erfahrungen der letzten Jahre vorbeigehen und so blind vertrauenvoll auf den jetzt möglichen Schutz der deutschen Westgrenze verzichten werden, weil er den deutschnationalen Ostelbieren die Agitation verdächtigt?

**Bedingungen der englischen Arbeiterpartei für Zustimmung zum Sicherheitspakt.**

London, 20. Juni. (Eig. Draht.) Da Chamberlain entschlossen scheint, den Sicherheitspakt unter keinen Umständen ohne die Zustimmung der Oppositionsparteien abzuschließen, betrachtet man die für Mittwoch erwartete Unterhansdebate als für das Schicksal des Paktes bedeutsam. Innerhalb der Labour-Fraktion sind die Meinungen über den Pakt geteilt. Die Minorität ist prinzipiell gegen den Pakt und wird dies durch ihren Sprecher am Mittwoch zum Ausdruck bringen. Die Majorität wird durch Macdonald und Henderson erklären lassen, daß sie die Aufgabe der Debatte darin erblickt, zunächst Ausklärung über verschiedene Unklarheiten in der französischen Note, insbesondere die SS 2 und 4, zu erlangen. Sie will die Regierung mit der Forderung vertraut machen, auf welche die Arbeiterschaft nicht verzichten kann, daß sich keinerlei militärische Maßnahmen zwischen französischen und englischen Generalstäben an den Pakt anknüpfen dürfen, bzw. falls ähnliche Abmachungen getroffen werden, diese in gleicher Weise mit Deutschland abzuschließen und daß die Regierung verpflichtet ist, das Parlament hierzu in Kenntnis zu setzen. Ferner wird die Arbeiterpartei die Notwendigkeit der allgemeinen Einigung als wesentliche Voraussetzung der im Rahmen der Sicherheitsverträge zu treffenden Abmachungen betonen.

Aus Warschau wird gemeldet:

Außenminister Skrzynski legte im Auswärtigen Ausschuß: Wir haben uns auf den Standpunkt des Generalkonsuls gestellt; damit waren Englands Weltinteressen nicht vereinbar; nunmehr ist die Begegnung auf halbem Wege erfolgt, nämlich auf dem festen Boden der Unvereinbarkeit der Verträge. Wir erhalten eine Art Protokoll, welches das Sicherheitspakt-system garantiert, von dem die Sicherheitsfragen ausgeschlossen sind. Die Garantien dieses Systems können tatsächlich gegen dessen einseitige Verletzung vorgehen, wobei England zwar nur am Schein Beschlagnahmen übernimmt, Praktisch aber auch an anderen Beschlagnahmen freie Hand hat. Mit einer Auskunft an Deutschland legte Skrzynski dieses während der Kriegszeit vergebenen Urteil. Polen ist eindeutig, daß es sei auch erlaubt, daß das sich nicht auf den Kriegszeit vergrößern, aber es sei auch erlaubt, daß die Friedensverträge aufnehmen, das die Möglichkeit nicht wieder herzugebracht werden, aus der Vergangenheit nicht wieder herausgebracht werden. Das ist die Spur eines Tagesordnungsartikels Skrzynski, das zweiter Protokoll werde für die Sicherheitspakt mit dem vorstehenden abgeordneten gegeben.

## Ein Triumph des Rechts.

### Die Wiederaufnahme bayerischer Volksgerichtsprozesse.

Von Dr. Hermann Badt, M. d. L.

Im Kampfe für das Recht haben unsere Genossen in den Parlamenten von jener in vorderster Reihe gestanden; so haben sie auch im Reichstag ihre Aufmerksamkeit und ihre Arbeit besonders der Befreiung des unseligen Rechtszustandes in Bayern gewidmet. Dort bildeten eine der schlimmsten Wunden am Körper der bayrischen Rechtspflege befannlich fünf Jahre hindurch die bayerischen Volksgerichte. Wer einmal von ihnen verurteilt war, der hatte keine Möglichkeit, an eine weitere Instanz zu appellieren. Das Urteil war sofort rechtskräftig. Selbst wenn sich später herausstellte, daß der Täter so unschuldig war, wie ein neugeborenes Kind, selbst wenn es sich um eine ganz dumme Namensverwechslung handelte und der wirkliche Täter sich freiwillig meldete, — selbst dann gab es keine Möglichkeit, die Wiederaufnahme des Verfahrens zu erreichen. Verurteilt blieb verurteilt.

Um dieser unerträglichen bayerischen Rechtsnot zu begegnen, hatten unsere Genossen schon im Jahre 1924 einen Gesetzentwurf eingebroacht, durch den die Wiederaufnahme des Verfahrens gegenüber diesen Urteilen der bayerischen Volksgerichte ermöglicht werden sollte. Durch viele Klippen feuerten sie ihn glücklich bis zur Annahme in zweiter Lesung hindurch. Da erhob plötzlich Professor Bredt von der Wirtschaftlichen Vereinigung Einspruch gegen die dritte Lesung und diese mußte folgedessen unterbleiben; durch die vorgezogene Auslösung des Reichstags wurde dann das Gesetz nicht mehr verabschiedet. Tausende von Menschen, die auf Grund der bayerischen Volksgerichtsurteile Freiheit und Ehre verloren hatten, waren wieder einmal um eine Hoffnung ärmer.

Über unsere Genossen ermüdeten nicht in ihrem Kampfe um das Recht. Kaum war der im Dezember 1924 gewählte neue Reichstag zusammengerreten, da brachten sie den Gesetzentwurf erneut ein. Bayern und die Rechtsparteien des Reichstages lehnten alles in Bewegung, um die Annahme des Gesetzes zu verhindern. Unsere Genossen ließen sich aber nicht ins Boxhorn legen. In einer meisterhaften Rede entlarvte der Genosse Saenger alle gegen das Gesetz ins Feld geführten „Rechtsgründe“ als Scheingründe. Er führte für die Notwendigkeit des Wiederaufnahmeverfahrens so erschütternde Beispiele aus seiner Praxis an, daß niemand sich dem Eindruck seiner Ausführungen ganz entziehen konnte. Seinen rechtlichen Darlegungen schloß sich sogar ein hervorragender Vertreter der Deutschen Volkspartei, der alte Geheimrat Professor Dr. Kahl, an, der gegenüber den „politischen“ Bedenken Bayerns das treffliche Wort fand: „Meinerseits lasse ich mich durch die Politik nicht abbringen vom Wege des Rechts!“ So kam es, daß endlich nach nahezu fünf Monaten, dem unablässigen Bemühen unserer Genossen Erfolg beschieden war: am 25. Mai verabschiedete der Reichstag das Gesetz in dritter Lesung.

Wiederum begannen die unglücklichen Opfer der bayrischen Volksgerichte zu hoffen. Da trat plötzlich eine neue, ganz unerwartete Wendung zum Schlimmen ein. Drei Tage nach der Schlussfassung des Reichstags wurde im Reichsrat — unbeteiligtlicherweise ohne jede formelle Abstimmung — eine angebliche Mehrheit für den bayerischen Einspruch gegen das Gesetz festgestellt. Dabei entsprach diese Feststellung keineswegs den tatsächlichen Mehrheitsverhältnissen im Reichsrat. Um das Unheil dieser Entscheidung in seiner vollen Tragweite überleben zu können, sei nur auf folgendes hingewiesen: Ware der Einspruch aufrecht erhalten worden, dann hätte eine nochmalige Beschlagnahme des Reichstags erfolgen müssen, bei der aber nunmehr eine Zweidrittelmehrheit für das Gesetz hätte stimmen müssen, um den Einspruch anwirksam zu machen. Da die Annahme des Gesetzes das erste Mal mit nur 115 gegen 126 Stimmen erfolgt war, wäre bei einer erneuten Abstimmung eine Zweidrittelmehrheit kaum zu erreichen gewesen. Deshalb hatte die Kuratoriumsleitung des Gesetzes in der Tat die Annahme des von unseren Genossen bereitgestellten Gesetzes bedauert.

Noch aber gab es einen Ausweg. Nach dem Abgehen der Reichsabstimmung vertrat zunächst wiederum der bayerische Ministerpräsident seine Befreiungsfreiheit, wenn er nicht hörte, einer willigen Wiederaufnahme des Gesetzes begegnet zu werden. Dieser Wiederaufnahme begründet wird. Diesen Weg schafft die

preußische Staatsregierung. Auf die Initiative des Genossen Braun hin stellte der preußische Stimmführer in der Reichsratsitzung vom 18. Juni den Antrag, von jeder Begründung des Einspruchs abzusehen und ihn zurückzuziehen. Erleichtert wurde dem Genossen Braun sein Vorgehen dadurch, daß tags zuvor der Preußische Landtag unter Beteiligung sämtlicher Parteien der Weimarer Koalition einem kommissarischen Antrag zugestimmt hatte, der bei der Staatsregierung eine solche Instruktion der preußischen Reichsratsstimmen ertrug.

Der preußische Antrag wurde darauf in der Reichsratsitzung mit 38 gegen 26 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen angenommen. Wieder ergab sich die beschämende Tatsache, daß einige Vertreter preußischer Provinzen mit Bayern gegen den Antrag der preußischen Staatsregierung stimmten. Aber nicht genug damit, der Vertreter der Provinz Hessen-Nassau, der frühere preußische Kultusminister v. Trott zu Solz, hielt es sogar für erforderlich, sein Austritt gegen die Staatsregierung in öffentlicher Reichsratsitzung ausdrücklich zu begründen, um so den peinlichen Eindruck seines Vorgehens noch zu verstärken. Erstreckend wirkte darauf die kurze und marode Erklärung des Vertreters der Provinz Schleswig-Holstein, daß er seiner irgendwie gearteten Beeinflussung von außen unterliege und aus innerer Überzeugung für den Antrag der preußischen Staatsregierung stimmen werde.

Unsere Genossen im Preußischen Landtag sind schon seit langer Zeit dafür eingetreten, daß diesem unglücklichen Zustand des Auseinanderspalten der preußischen Stimmen im Reichsrat sobald wie möglich ein Ende gemacht wird. Das kann im Wege der preußischen Landesgesetzgebung geschehen. Ein entsprechender Änderungsantrag wird in nächster Zeit den Verfassungsausschuß des Preußischen Landtages beschäftigen. Wir wollen hoffen, daß der Arbeit unserer Landtagsfraktion bei dieser Beratung der gleiche Erfolg beschieden sein möge, den eben unsere Genossen in der Reichstagssituation erzielt haben.

Aus dem Reihe.

Die beiden Staatsanwälte Linde und Peltzer künden am Samstag vor dem Untersuchungsausschuss des Reichsgerichts Landtags. Auf die dringlichsten Befragungen der Herrn Hoeple am 14. April, das ihr Mann im Gefangenismurk gründe gehe, hat Ministerialdirektor Huber vom Justizministerium sofort den Generalstaatsanwalt Rhode benachrichtigt. Rhode sprach mit seinen Staatsanwälten, damit Hoeple aus der Haft beurlaubt oder wenigstens in ein Sanatorium verlegt werde. Die Staatsanwälte Linde und Peltzer sprachen gegen den Haftentlassungsantrag. — In der Sitzung des Deutschen Gesetz-Bundes sprach Herr Sabot, der als Zeuge vernommen wurde, mit einem Beifallnach über Hoeple. Herr Peltzer mischte sich sofort ins Gespräch und erfuhr dabei, daß Hoeple an dem Verlage Sudaus beteiligt sei. Sofort war Peltzer mit der Erklärung bei der Hand, er müsse gegen Hoeple wegen Meinungsverschiedenheiten, da dieser bei seinem Überaburungseid nichts von dieser Beteiligung gelagt habe. Das Verfahren wurde dann auch tatsächlich eröffnet, obwohl Hoeple ausdrücklich bei der Ablegung des Überaburungseides betont hatte, daß infolge seiner Haft und Krankheit sein Gedächtnis ihn bei irgend einem Punkte im Eide lassen könnte. Bei dem heutigen Kritikus gefragt, warum er denn nicht einfach eine Unterhaltung mit Hoeple dieß Zeugstettiligung gegrillt habe, erklärte der Herr Staatsanwalt Peltzer: „Das konnte ich, aber das wollte ich nicht.“ Von dem Geistlichen Heilmann gefragt, warum er denn bei seiner ersten Vernehmung nach diesem Meinungsverfahren absolut nichts erwähnt habe, obwohl er doch auf die Pflicht zur Bemollständigung der Aussage hingewiesen worden sei, entworte Herr Peltzer, er habe das als nicht zur Sache gehörig betrachtet. Herr Peltzer hat es ferner fertig gebracht, über Hoeplies Vermögen einen Urteil in Höhe von — sage und schreibe — 62 000 Mark zur Sicherung fünftiger Kosten ausgebracht.

Im Sicherheitsjahr des Reichstages bei Genosse Herz am Sonnabend bei der Beurteilung des Beträgers- und Erbbauteuergeigeses nur Auskunft über die Rechtslage im Falle Stianes, wo die Erbhaftigkeit jetzt noch aufschneidend geteilt werde. Staatssekretär Poppig erklärte, daß er selbst wenn er könnte, keine beteiligten Angaben geben dürfe, da das Sicherheitsgeheimnis auch für die Regierung gelte. Die Ermitteilungen im Falle Stianes seien eingeleitet, aber noch nicht abgeschlossen worden. Wahrscheinlich seien auch die Befüräge über die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen in Beliebt formenden Persönlichkeit noch nicht bis zum Abschluß gediehen. Ein sozialdemokratischer Antrag, der als

# Der Zoll Robert Robertson.

Roman von Sacken-Eiseck.

2) Woher aber bekam er die beträchtlichen Summen? Sie kamen nicht mit der Post, sie wurden ihm nicht auf andere Weise gebracht, er hatte sie nicht gekauft. Er holte sie zusammen. 39 Damit auf die richtige Spur, an denselben Tage, an dem Frau Merete ihre Schule vorbereitete. Sie lenglante, daß sie abreisen wollte, verwarf ihre Vorbereitungen aber nicht; sie ließ sie zum Beispiel einen Teil ihrer Sachen ganz öffentlichig zur Aufbewahrung in einem Speicher abholen. Es war an jenem Tage, an dem ich Matras Gräts Schiff so leichtlich ins Fronherliche beobachten konnte. Diese fluktuante Jagd im leeren Hafen war für mich nicht unangenehm. Sie bestätigte mir, was sie von Sicherheit eines zu erkennen. Am selben Abend als das Boot in einem der ersten Rückenwindes zu Mittag, er brachte seine Gefährte in einer Drohöfe mit zwei islamischen Waffen zur Venjora zurück. Frau Merete ging auf die Stammel. Matras Gräts aber fuhr mit dem Boot nach unten zur Küste.

aber führ mit dem Wagen wieder zur Stadt.  
So flog sie ihm leicht auf seinem Platz folgen, bis in den  
zweiten Friedhofsgebäude wie ein Schatten über der Klappe glitt.  
Bei einer alten Weinlaube, wo im Sommer auch im Freien  
gespielt wird, stieg er aus. Der Gartnerei war von allen Seiten  
beifall und schenkte einen bühleren Einbruch. Da der Abend  
lang war, hatten die Gäste bis in das Nachtmusik zu verbleiben.  
Marius dachte keine weiteren alten Weine mehr einzukaufen,  
er hätte jedoch zu ersparen, denn er brauchte nur wenige  
Stücke der Getreideware, um für den Tag noch weiter auf jenen  
Weinen einzutrinken. Es war ein Platz in einem  
Friedhofsgesetz, von mittlerer Größe und stattlicher Gestalt.  
Der Boden war sandig gezeichnet, da es teils aus einem Sandboden  
bestand, das andere Seite aus einem großen Steinchen bestand.  
Die Säule gab ihm ein gesundes Gefühl, wenn er sie anfasste, und es  
leichten Willen zu tröpfeln. Dass er sie nicht auf dem Platz  
lassen und den Platz auf dem Platz auf dem Platz auf dem Platz

卷之三

für die Besteuerung auch des Gattenerbes einleit, wurde abgelehnt.

Um die Berliner Oberstraße. Vor vielen Wochen hat die Berliner Stadtverordnetenversammlung einen sozialdemokratischen Antrag angenommen, die Budapester Straße vom Potsdamer Platz bis zum Brandenburger Tor in Friedrich Ebert-Straße umzubenennen. Dieser Beschluss rief die schwierigsten diplomatischen Verwicklungen hervor. Gegen ihn wurde von der ungarischen Regierung Protest erhoben, weil die Budapester Straße seinerzeit zu Beginn des Krieges zu Ehren der ungarischen Bundesgenossen so benannt worden sei, und Budapest selber zum Quadranten einen Ring in seinem Zentrum in Berliner Platz umgetaucht habe. Der Berliner Magistrat kam diesen Wünschen der ungarischen Regierung dadurch entgegen, daß er einen Teil des Kurfürstendamms in Budapester Straße umbenauen vor-

schlug, womit sich die königlich ungarische Regierung beruhigte. Die Umbenennung selber bedarf aber der Zustimmung des Polizeipräsidiums, das in diesem Falle die Genehmigung des Innenministeriums einholen zu müssen erklärte, weil es sich nicht um eine Neubenennung, sondern um eine Umbenennung handle. In Verfolg dieses schwierigen Zuständigkeitskonfliktes hat jetzt das präugische Kabinett sich mit der Haupt- und Staatsaktion zu befassen und wird in seiner Sitzung am Dienstag darüber Beschluss fassen, ob die Ehrengabe verstorbenen Reichspräsidenten sich mit dem Wohle des Staates vereinbaren läßt. Hoffentlich macht das Kabinett endlich dem beschämenden Schauspiel ein Ende, das ein selbstverständlicher Anstieg der Ehrengabe Friedrich Eberts monatelang von kleinen Bürokraten verschleppt wird. Deutschland gereicht dieses Verfahren in den Augen der ganzen Welt sicher nicht zu Ehren!

# Schutzvoll- und Gesundheitsdebatte im Reichstag.

Der Reichstag ließ Sonnabend die Beratung über den Entwurf des Innern beim Kapitel Gesundheitswesen fort.

Abg. Dr. Stojes (Ses.):

Wenn der Regierungsvertreter mitgeteilt hat, daß die allgemeine Sterblichkeit von 15 pro Tausend vor dem Kriege, im Jahre 1924 auf 12,5 zurückgegangen sei, wenn auch die Säuglingssterblichkeit, immer rein zahlenmäßig betrachtet, von 20,7 Prozent im Jahre 1919 auf 10,6 im Jahre 1924 zurückgegangen ist, so erfüllt uns das allerdings mit Hoffnung auf eine bessere Zukunft, gibt aber noch lange keinen alleinigen Maßstab für die tatsächlichen Gesundheitsverhältnisse im deutschen Volke. Rein zahlenmäßig betrachtet ist die Säuglingssterblichkeit in anderen Ländern noch viel geringer als in Deutschland. In dieses Kapitel gehört aber auch die Mitteilung des Ministers, daß die Zahl der Todesfälle an Kindbettjieber gewaltig zugenommen hat, von 21,9 Prozent im Jahre 1923 auf 46 Prozent im Jahre 1921, also weit über das Doppelte, trotz aller Fortschritte der Hygiene und der Wissenschaft. Die Schuld an diesen schrecklichen Zahlen ist wohl neben der Zunahme der künstlichen Geburten auf die traurigen Wohnungsverhältnisse bei uns in Deutschland zurückzuführen. (Sehr richtig zu den Soz.) Wir begrüßen jede Maßnahme, die der „Erziehung“ unseres Volkes, die der Volksaufklärung auf sozialhygienischem Gebiete dient. Auf keinem Gebiet zieht die Zersplitterung mehr Unheil an als auf dem der Gesundheitspolitik.

Im Mittelpunkt unserer ganzen Gesundheits- und Bevölkerungspolitik soll das Problem des Geburtenüberganges stehen. Der Minister Schiele hat im Ausklang gesagt, daß uns der Geburtenübergang besonders in den Großstädten mit ernster Sorge erfüllen müsse; zu einem großen Teile sei dies auf die schweren wirtschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen, das wichtigste aber sei, daß man in unserem Volke den Willen zur Selbstbehauptung wecken müsse, ohne den eine Nation verloren sei. Das auch bei uns in Deutschland nach dem gewaltigen Überzug des Krieges, der uns 2055 000 Tote im Felde und eine weitere Million der Zivilbevölkerung geflossen, der ein so gewaltiges Heer von Stüppeln, Siechen, Kranken, Blinden, Invaliden, Wütern und Waisen hinterlassen hat, bei diesen Politikern Anlaß zur Besorgnis gibt, darf niemand Wunder nehmen. Aber dieser starke Geburtenübergang ist keine besondere deutsche, sondern eine internationale Erscheinung. In Berlin betrug im Jahre 1870 die Geburtenziffer 47,2 Prozent, im Jahre 1923 nur noch 10,4 Prozent (Hört! hört!), also nur noch knapp ein Viertel der Ziffer von 1870. Der Geburtenübergang zeigt sich aber nicht nur in den großen Städten, er zeigt sich auch in starkem Maße auf dem Lande, er zeigt sich in allen Schichten der Bevölkerung. Eine Besserung werden Sie (nach rechts) nur erzielen können, wenn Sie die Aenderung der schweren wirtschaftlichen Verhältnisse als Ihre Aufgabe ansiehen. Verlangt der Staat von den ausgemergelten Frauen und Müttern des Proletariats die Geburtenziffer, dann obliegt ihm auch die Achtung! (Sehr richtig! bei den Soz.)

Wie Sie aber mit einer Schatzglocke, einer Verkürzung der notwendigen Lebensmittel und den dadurch herabgesetzten Niedergang unserer Kriegsfähigkeit den Kampf gegen den Feind zu erledigen wollen, erscheint mir schleierhaft.

Wir freuen uns, wenn wir für die Bekämpfung der Tuberkulose über die im Staat gesetzten Positionen hinausgehen können, wir fordern ein Reichstuberkulosegesetz, wir sind zielz. darum, daß kein Land der Welt so viel zur Bekämpfung der Tuberkulose gebracht hat und schlagen gleichzeitig alles kaputt durch eine Gesetzgebung, die die Grundlagen jeder Tuberkulosebekämpfung aussäte macht. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Der Redner verließ eine Reihe von Zeugnissen führender Gelehrten, die immer wieder nachweisen, daß je teurer das Brot, um so mehr Erkrankung und Sterben. Helfferich hat 1902 geschrieben, und das ist charakteristisch für seine Entwölfung: „Ich sehe die Industrie vor mir in Gestalt eines wirklichen lebenswerten Arbeiters, dem das Beamtengewicht der Lebensmittelzölle auf den Rücken gelegt ist.“ (Hört! hört! bei den Soz.)

Die schweren Schäden an der Volksgesundheit, die diese den Grundforderungen der Gesundheitspolitik zuwiderhandelnde Verlage zeitigen wird, lassen sich jetzt schon voraussehen. Meine Ausführungen sollten ein Warnungssignal noch in letzter Stunde sein. Sie sollten zeigen, wie wenig Kenntnis in der Regierung vorhanden ist von den Ergebnissen der Forschungen auf dem Gebiete der Menschendämonie. Aber so ist es nun einmal bei uns: Zwei Pferde spannt man vor den Wagen und vier dahinter. (Sehr gut! bei den Soz.) Was auf der einen Seite gut ist und notwendig ist, gerade auf dem Gebiet der Gesundheits- und Bevölkerungspolitik geleistet werden könnte, das wird auf der andern Seite durch Maßnahmen sabotiert, wie sie die Brotverteilung darstellt. Das verträgt sich nicht miteinander. Arbeiterschutz, Arbeiterversicherung, WöchnerinnenSchutz, Wochenhilfe, Wochenfürsorge, Bekämpfung der Tuberkulose, Bekämpfung der Säuglingsterblichkeit auf der einen Seite, Verschlechterung

Was nützt es, der Mutter Schutz und den Kindern das Recht auf eine ausreichende körperliche Erziehung zu geben, wenn man den Eltern wie den Jungen die Lebensmöglichkeit durch

**Lebensmittelzölle erschweren! (Sehr wahr bei den Soz.)**  
Mag sich die Regierung ihrer hohen Verantwortung endlich bewußt sein! (Leidhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Haedenkamp (Dnat.) begründet dann einen Antrag seiner Fraktion, der in allen Schulen Gesundheitsunterricht obligatorisch einführen will.

Abg. Dr. Schreiber (3tr.) sprach über die Medizinalpolitik des Deutschen Reiches. Mit Rücksicht auf die Länder könne allerdings ein Reichsgesundheitsministerium nicht gebildet werden. Im Staat müsse ein eigener Titel für Auslands-Krankenhäuser geschaffen werden. Bezuglich des Alkohel- für Desinfektionszwecke, den die Brannwein-Monopolverwaltung liefern, müsse gelagt werden, daß er den hygienischen Zwecken nicht genüge. Bedauerlich sei auch die starke Tuberulose-Erkrankung des Krankenpflegepersonals.

Geheimrat Homel vom Innenministerium: Eine auf Veranlassung des Zentralkomitees für die Auslandshilfe bei den Gemeinden veranstaltete Rundfrage hat ergeben, daß 21 Prozent der Schulkinder speisungsbedürftig, 25 Prozent erholungsbedürftig und 18 Prozent unterernährt waren. Besonders auffällig sei, daß jetzt viele Kinder tropfschärfstet sind. Beratungen über Übhilfe würden hier gepflogen. Was den Geburtenrückgang betrifft, so müsse betont werden, daß bei einem gesunden, vorwärtsstreben- den Volke vier Kinder den Grundstock der Familie bilden müßten. (Zuruf links: Wenn man sie ernähren kann!) Bezüglich der vom Abg. Mojes (Eng.) angeregten Auflösung breitesten Volkschichten über gesundheitliche Probleme durch große Veranstaltungen und Vorträge erklärt der Regierungsvertreter, daß der Verband der deutschen Krankenkassen diesen Gedanken mit Begeisterung aufgegriffen habe und in seiner Durchführung von der Regierung unterstützt werde.

Regierung unterstützt werde.  
Abg. Frau Kreuzer (Konserv.) erklärt, das Volk habe von der Staatsberatung nichts zu erwarten.  
Abg. Speker (Dem.) wendet sich gegen die schlechte Besalzung und die zu geringen Befugnisse des Reichsgesundheitsamtes. Der Redner begründet einen Antrag, der die reichsgerichtliche Regelung des Apothekenwesens zum Ziele hat. Die Regierung müsse den Arzneimittelverkehr strenger überwachen. Der Fall Höfle habe gezeigt, wie schweres Unheil durch zahllässige Anwendung von Arzneimitteln entstehen könne.  
Auf Antrag des Abg. Dittmann (Soz.), der sich dagegen wendet, daß eine so wichtige Materie vor leerem Hause verhandelt werde, verlagt sich das Haus auf Montag.

fürchte, einer Situation nicht gewachsen zu sein, sondern weil eine Begegnung mit dem Überraschenden bedeutet, daß ich nicht alle Möglichkeiten ins Auge gefaßt habe. Das Unerwartete will deshalb wie ein Selbstzweck leicht, den die Überraschung war der Art, daß ich sie unmöglich hätte voraussehen können.

Der Mann mit dem großen Bart war ganz richtig maskiert. Es war nicht schwer, ihm zu folgen, weil er offenbar nicht mit einer Verfolgung rechnete, nachdem er sich Marcus Eriis entledigt hatte. Die Fahrt ging durch die belebtesten Verkehrsstraßen der Stadt, auf denen eine Menge Menschen unterwegs war, denn die Theater hatten gerade geschlossen, und der Mann, der auf seinem Rad hinter der Drödche herrollte, wodurch darum keinerlei Aufsehen. Der Verfolgte wohnte im Osten der Stadt, wo die wohlhabenden Familien ihre Häuser haben. In eines davon, einem Neubau, ging er hinein ohne daß jemand bemerkte und ließ die Haustür hinter sich ins Schloß fallen. Als die Drödche fort war, lag die Straße wieder in vornehmster Ruhe da, und es wäre ein leichtes gewesen, sich bei dem Wirtshaus eine Auskunft zuholen. Jetzt aber wußte ich ja, wo er wohnte, und

wollte nichts klassifizieren.

Darum lebte ich in die Pension zurück und ging zu Bett. In dem Bewußtsein, eine wertvolle Spur entdeckt zu haben. Die Geistflöche aber füllt mich, daß das Auftauchen des Fremden der Sage eine tieferen Verpectus gegeben hätte; wäre es nur eine Schauspielerzüglichung gewesen oder der triumphhante Werthum eines schwulen Menschen. Nach einiger Tage des Planes zu verschaffen, dank hätte ich mich zurückgezogen, ja vielleicht hätte ich meiner lieber Comptt angesehen und dem Armen geholfen. Gütiges Jahrliches habe ich schon früher getan, aber das gehört zu einer anderen Geschichte... Bis auf weiteres nahm ich an, daß Horstus Freis von dem Fremden Geld erhielt, warum, das möchte ich ausdrücklich zu machen versuchen. Vor allen Dingen möchte ich die Theatralität des Fremden feststellen. Zuletzt am nächsten Morgen trat ich in den Raum im Ofen. Und hier ist ich auf die erste Wahrnehmung. Im Schuh waren fünf Goldstücke versteckt in einem Sackmäppchen. Ich las die Namen und notierte sie mir, indem ich die Treppe hinaufstieg. Am dritten Stockwerk stand ich oben oben! Auf dem großen Weingiebel stand mit einer intimeren Zeichnung eingraviert: Die Postk

(Continued)





Montag, den 22. Juni 1925

# Beilage zur Volkswacht

Montag, den 22. Juni 1925



Sozialdemokratische Partei  
Partei-Sekretariat:  
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36  
Telephon: Orie 5852.

Arbeiterbildungsausschuss. Die für Montag abend angesetzte Sitzung muß wegen der gleichzeitigen Parteiveranstaltung und der Abwesenheit mehrerer Mitglieder zur Sitzungsaussetzung des Bildungsausschusses in Neustadt auf Mittwoch, den 1. Juli, abends 8 Uhr, verlegt werden.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, 22. Juni.

### Das Rettungswert beginnt.

Im Reichstage beginnen jetzt die Verhandlungen über die neuen Blutsteuer gleichzuwertende Zollwucher-Vorlage der Reichsregierung. Zur Steigerung des dreimal geheiligten Profits kennt die Schamlosigkeit der Zollwucherparteien keine Grenzen. Erst stürzte diese Gesellschaft die große Mehrheit des Volkes in tiefes Elend und nachdem sie nach der „Soltet den Dieb“-Methode wieder an der Macht sitzt, zeigt sie erneut ihre Teufels-

Was schert diese Elend,  
Was schert diese Not,  
Hier mit Projekt  
Ist ihr oberst Gebot.

Der Weg dieser „ehrenwerten“ Gesellschaft geht über Leichen, nur so ist es ersichtlich, daß man es wagt, nachstehende Versteuerungen dem Volke einzuerlegen:

- 1 Pfundfond ist mindestens 20 Pf. mehr,
- 1 Pfund Getz mindestens 10 Pf. mehr,
- 1 Pfund Fleisch mindestens 20–25 Pf. mehr,
- 1 Pfund Butter mindestens 15–20 Pf. mehr.

Daneben verteuern sich alle andern Arten der Lebensmittel in gleichem oder ähnlichem Maße, und mit der Absicht einer unerhörten Steigerung der Mieten und Steuerlasten geht die Regierung schwanger.

Will das Proletariat gleichgültig auch dieser Niederlung entgegensehen, dürfte es bald noch mit mehreren solcher Wechselwüge erfreut werden. Darum ergreift rechtzeitig Vorbeugungsmaßnahmen, um weiteres Elend von euch abzuwehren. Sorgt dafür, daß in weiteste Kreise Ausfällung darüber gebracht wird, welche Mittel zur Verhütung weiteren Unheils anzuwenden sind.

Rettet euch vor den Rettern!

Sorgt für zahlreichen Besuch der heutigen Versammlung.

### Vom Lebensmittelmarkt.

Die rauen regnerischen Tage der vergangenen Woche haben auf dem Lebensmittelmarkt Unserliches mit sich gebracht. Auf den verschiedensten Gebieten des Lebensmittelmarktes sind zum Teil recht erhebliche — Versteuerungen der Waren zu verzeichnen. Besonders stark zogen die Fleischpreise an und auch die Butter wurde wieder teurer. Die Kästen reisen bei dem kalten Wetter nicht heran und blieben deshalb auf ihrem teuren Preisen bestehen oder wurden stellenweise sogar teurer.

Unglaublich teuer sind die neuen Kartoffeln und trotzdem prophezeien die Händler eine weitere Versteuerung. So nach der Sorte werden sie mit 15 bis 25 Pf. das Pfund verkauft an einigen Stellen kann man allerdings auch 3 Pfund für 40 Pf. kaufen. Die Oberrüben weisen stattliche Knollen und frisches saftiges Grün auf, für ein größeres Bündel zahlt man bis 40 Pf. Dagegen sind die Mohrrüben und Karotten noch immer ziemlich klein und kosten auch noch 15 bis 20 Pf. das Gebund. Für Schoten muß man noch immer 35 bis 45 Pf. für das Pfund entzahlen. Salat war in den Markthallen nicht viel zu sehen, das köpfige kostete 10 Pf. Spargel ist noch in kleinen weißen Stängen zu haben, er kostet 60 Pfennig bis 1,20 Mark, während man ganz dünnen Suppenspargel schon billiger kaufen kann. Sehr schön füllt sich die Gurken, ihr Pfundpreis schwankt zwischen 60 und 90 Pf. Der Blumenkohl sieht gegenwärtig etwas grau aus, für eine mittlere Rose muß man schon 50 bis 70 Pf. ausgeben. Die schwachhaften Pfefferlinge oder Galluslöffel werden mit 1 Mark bis 1,10 Mark das Pfund angeboten. Hier und da gabs noch recht dürsig aussehenden Rhabarber, das Pfund zu 15 Pf. Zwiebeln kosten 18 bis 20 Pf. das Pfund. Radieschen zu 20 Pf. das Gebund, seien schön frisch aus.

An den Kirchen erlebt man jetzt nicht viel Freude. Außer den großen dunklen Kirchen, die 25 bis 45 Pf. das Pfund kosten, sind die meistens nah und unansehnlich, und kosten trotzdem 20 bis 35 Pf. Die Erdbeeren, die noch nie billig waren sind auch wieder teurer geworden, sie kosten nun 1,10 Mark bis 1,20 Mark das Pfund. Für das Pfund Walderdbeeren, die so aromatisch duften, verlangt man 90 Pf. bis 1,20 Mark. Stachelbeeren und Blaubeeren haben den gemeinsamen Pfundpreis von 40 bis 45 Pf. Unansehnliche kleine Tomaten kann man schon für 80 Pf. kaufen. Ausgeführt sahne Früchte muß man 1,60 Mark für das Pfund bezahlen. Die Bananen nehmen immer einen breiten Raum ein, doch kosten die sehr nahrhaften Früchte 15 bis 20 Pf. das Stück.

Der etwas billigeren Preis des Landbutter der Normoche ist bereits wieder auf 1,60 bis 1,70 Mark gestiegen, südliche Butter kostet 1,70 Mark, auch für Molkereibutter verlangt man wieder 2 Mark, während die dänische Butter auf ihrem Pfundpreise von 2,20 Mark beharrte. Die frischen Landete kosten nun fast ausnahmslos 11 Pf., nur hier und da kann man sie für 10 Pf. kaufen. Weißbrot wird für 25 bis 30 Pf. angeboten.

Der Fleischemarkt war wieder gut besetzt. Schlesische Süßherren werden zu 1 Mark bis 1,20 Mark, kohlsch. Wurst zu 1,30 Mark das Pfund angeboten. Stellweise kommt man auch Ziegenfleisch für 60 bis 70 Pf. das Pfund kaufen.

Mit großer Sorge verfolgt die Haustadt das Steigen der Fleischpreise. In dieser Woche kostete das Rindfleisch je nach Art des Stücks 1 Mark bis 1,50 Mark, Kalbfleisch 1 Mark bis 1,20 Mark, während Hammelfleisch für 90 Pf. bis 1,25 Mark und Schweinefleisch für 1 Mark bis 1,40 Mark das Pfund verkaufst wird. Diese Preise bedeuten eine beträchtliche Steigerung gegenüber den Preisen der Vorwoche.

Der Fischmarkt ist rechtlich beschädigt. Am billigsten ist Seezunge zu 19 Pf. Kälbau und Schellfisch zu 25 Pf. und Ingelscholle zu 48 Pf. das Pfund. Auch die übrigen Fischarten sind immer vorhanden und werden preiswert angeboten. Am Räucherwaren ist die Auswahl groß. Spratzen kosten 28 Pf. Pfunden zu 1 Pf., Schellfisch 40 Pf. und Forellen für 1,20 Mark das Pfund. Kartoffeleringe kosten je nach der Größe, 15 bis 25 Pf. das Stück. Blumen in allen Farben und Spielarten, wohlschmeckende Tees und heilsame Kräuter werden, wie immer, angeboten.

Der Thurnau aus Wien hat die Stelle eines Justizbeamten im Breslauer Stadttheater eingenommen.

# Chronik der Republik.

## Das große Ereignis.

Die Republik lebt trotz Hindenburg-Sieg und allem drum und dran. Immer neue Scharen befehlen sich zu ihr. Hat je die Stadt in alter Zeit mehr Fahnen gehangen als diesmal? Gewiß, in den Hauptstraßen hingen sie damals zahlreich und lang, wenn die Monarchie ihre Feste beging, und jetzt hängen sie in diesen Straßen nur sehr vereinzelt. Aber die ganze riesige Münzenstadt war belebt von Fahnen und Girlanden. Zur Monarchie stand die Gedesmacht, zur Republik stehen die Menschen. Besser als die Darbietungen des Reichsbanners, besser als die Hunderttausend auf den Bürgerstrassen, zeigte das die Stadt, soweit sie am Sonntag vom Reichsbanner nicht berührt wurde. Wer den Massen entflohen war, der fand den Ring und alle Straßen leer, die Elektrische fuhr leer, kein Auto machte das Ueberschreiten der Straße gefährlich, keine Drohne, und überhaupt war der ganze Großstadtverkehr wie wegzaubert. ganz Breslau stand im Banne der republikanischen Kundgebung. Freund und Gegner, denn auch die Letzteren trug die berichtigte Reugierde, zu sehen, wie stark die Bannerbewegung bereits ist. Sie werden hoffentlich aus den Marschallonen, deren Stärke mit 28 000 nicht zu hoch geschätzt ist, erschreckt haben, daß es keinen Zweck mehr hat, gegen die Republik anzutreten.

## Großes Werk am Sonntagmorgen.

Eigentlich war es in Anbetracht der großen sonstigen Anstrengungen der Spielleute abgeagt, aber die unter Herrn Bielke stehenden Trommler und Pfeifer geben so leicht nicht auf, was sie sich vorgenommen haben. So hatte Herr Bielke morgens um 6 Uhr seine Spielleute am Sonnenplatz versammelt, um in der ganzen Süd- und Südweststadt die Monarchisten aufzurufen und die Republikaner aus den Betten zu holen. Auf ihnen sind die Breslauer Bannerleute besonders stolz. Es ist ein Mann, der sogenannten „Friedensschliff“ genossen hat, denn er war einmal aktiv im Regiment und baut heute im 4. Garderegiment zu Fuß in Berlin-Moabit. Man kann sich denken, daß bei ihm die Reichsbanner-Spielleute in einer guten Schule sind, und wenn das Trommler- und Pfeiferkorps auch beim „Großen Werk“ eine ernste Probe seines Könnens ablegte, so ist das Papa Bielke verdient. Er hat in verhältnismäßig kurzer Zeit (seit April) ein brauchbares Trommler- und Pfeiferkorps geschaffen, das bei allen Gelegenheiten seinem Tambourmajor und dem Reichsbanner Ehre macht. — Um 7 Uhr wurde das „Große Werk“ beendet. Vor dem Hauptbahnhofe wurde Halt gemacht. Hier zerstreuten sich die Spielleute in kleinere Trupps, um an den Bahnhöfen beim Enttreffen der auswärtigen Kameraden ihren Mann zu stellen. Gern hätte Papa Bielke in allen Breslauer Straßen, wo Republikaner ihre Fenster geschmückt hatten, „geweckt“, es ging aber leider nicht, weil für das „Große Werk“ nur eine Stunde Zeit war. Bei nächster Gelegenheit kommen aber auch mal andere Straßen an die Reihe.

## Festakt im Messehof.

11 Uhr. Riesenweit dehnt sich die Halle. Die Galerien sind voller Besuch. Und unten erst wenige Sigrabzähler. Wie soll sich dieser Raum füllen, zumal in der Mittagszeit? Dann plötzlich Mist! Sie kommen! Zahl und mehr Menschen strömen herein, während sich draußen die Banner zum Einmarsch formieren. Auf Kommando öffnet sich alle Tore und unter einem dröhrenden Marsch aller Trommler und Pfeifer erscheinen die Fahnen, ein ganzer Wald, dahinter nehmen die Bannerleute Aufführung. Die Banner werden zum Teil auf die festlich geschmückte Bühne gebracht, die anderen flankieren sie weit hin nach beiden Seiten. Ein starkes Orchester spielt die Ouvertüre zu „Rienzi“ von Richard Wagner, eine Beherigung republikanischer Macht. Es folgt die Begrüßungsansprache des Gaupräsidenten Herrmann. Von den Behörden war nicht viel zu begrüßen. Der Oberbürgermeister ließ sich durch unseren Stadtrat Siegen persönlich vertreten, der ohnedies gekommen wäre. Wollte der Oberbürgermeister bei der heutigen Zusammenstellung der Stadtverordnetenversammlung nicht unsichtbar auftauchen? Und warum schied er nicht Herrn Dr. Hirschel, den Bürgermeister, dem es doch nichts geschehen hätte, einmal zu hören, wie sich der demokratische Teil des Zentrums zum Reichsbanner stellt? Immerhin, Genosse Siegen vertrat den Magistrat, während wir von den anderen Behörden der Republik überhaupt nichts gernkt haben. Dafür bleibt zu erwähnen, daß der Präsident des Deutschen Bühnenbundes, Herr Wallauer, der Feier beimhnte. Um so herzlicher begrüßte Kamerad Herrmann die Riesenzahl der Bannerleute, die von fern und nah herbeigeströmt waren, um öffentlich Zeugnis für die deutsche Republik abzulegen.

Nach einem wuchtigen Vorbruch, vorgetragen von Herrn Julius Arnsfeld, erfolgte die Weihe von neun neuen Bannern durch Polizeioberst a. D. Dr. Schilling aus Dresden. Er wies auf das gewaltige Erlebnis dieser Tage, wo so viele Tausende von Republikanern als Soldaten und Bürger des neuen Staates auftauchten sind. Die Fahnen sind dem neuen Staate gedachten gewechselt. Alle die Tausende von Frontkämpfern, die die Grausamkeit der modernen Schlacht kennengelernt haben, werden sie nicht fürchten, wenn es gilt, die Republik zu verteidigen. Wo das Schwarz-Rot-Gold entfaltet wird, werden sie zu ihm stehen. Die Fahnen werden helfen, ein neues Geschlecht heranzuziehen. Wer denten in dieser Stunde vor allem auch an die, die wie im Kriege hinter uns lagen mührten. Sie mehr sind wir gewillt, als Landsknechte zu marschieren. (Sturmchor.) Der Krieg ist der Tiefpunkt des Menschenvergangenheits. Im Glauben an den neuen Staat gründen wir auch den Frieden darüber in Frankreich, der uns im Schützengraben gegenübergelogen hat.

Die alten Banner senkten sich zum Gruß der neuen, die nun ihrer Hülle entkleidet wurden. Frauen überzogen Fahnenbänder und Blumen und Bannerleute aus Döbendorf und Borsigwalde Fahnenbügel für das geweihte Breslauer „Banner zum Ruhm“.

Hier nahmen Vertreter der drei republikanischen Parteien das Wort, zunächst Dr. Grundig-Berlin vom Zentrum, der anstelle des verhinderten Dr. Krause erschienen war. Er vertrat vor allem die Jugendjugend vom Windhorizonte. Das demokratische Zentrum will, daß seine Weltanschauung isoliert wird und steht im übrigen nun zusammen mit den übrigen Republikanern, wie auch in den Wirtschaftskämpfen mit den arbeitenden Arbeitern. In der Republik sollen nur republikanische Comitate an der Spitze stehen. Die Zentrumsteile bringen diese Verbindung und Hoffnung in das Banner mit.

Dr. Gräfmann-Berlin brachte für die Demokraten sein Werk von Handarbeit der Republik den Eid ab und bat seinen Freunden, mirum das Reichsbanner noch fortzubauen, da den

jetzt die Republik gesichert sei. Wir brauchen es aber heut nötiger als je. Das Schwarz unserer Fahne soll den Feinden der Republik eine Warnung sein. Mit Putsch, Mord und Verkommenung sprengt haben sie gearbeitet, solange das Reichsbanner nicht bestand. Mit seinem Erstehen aber war die Zeit der „nationalen Verbündeten“ vorbei. Lösen wir das Banner auf, dann hört Ihr die nationalen Verbündeten nicht auf, wo Paul von Hindenburg den Eid zu „Schwarz-Rot-Gold“ geleistet hat? Das geprägt worden ist. Alle drei Parteien haben Männer opfern müssen, die Demokraten Walter Rathenau, das Zentrum Matthias Erzberger und die Sozialdemokraten Friedrich Ebert, der auf falschem Wege nördlich zur Strecke gebracht wurde. Dazu haben wir Lande noch Tausende den Opferloß für die Republik erlitten. Wir wollen zusammenbleiben und das Volk zur goldenen Einheit und Freiheit erziehen. Nicht nur die Grenzen wollen wir niederrreißen, sondern auch die Scheidewände, die im Lande zwischen den verschiedenen Schichten des Volkes errichtet sind.

Hierauf nahm, von besonders lärmigem Beifall begrüßt, für die Sozialdemokratische Partei Reichstagspräsident Löb das Wort: Vor Freund und Feind habt Ihr die Farben der jungen Republik getragen. Aus den Fenstern der Mühligen strömten diejenigen Farben auf Euch herab. Was sich hier abspielt, ist aber im ganzen Reich nichts Neues mehr, denn überall regt sich das Reichsbanner in gleicher Weise. Schwarz-Rot-Gold ist zehnmal älter als Schwarz-Weiß-Rot. Wenn Herr Schiele die „Einföhrung in die Flaggenfrage“ durch Befestigung der republikanischen Farben bestellt will, dann sei ihm gesagt, vielleicht gelingt es Euch, vorübergehend zu erreichen, daß Schwarz-Rot-Gold nicht die offiziellen Farben der Republik sind, aber dann bleibt Schwarz-Rot-Gold die Kampffahne der Republikaner. (Sturmchor.) Wenn die gegnerischen Kreise glauben, mit der Hindenburgwahl sei ihnen der Weg zur Unordnung freigeworden, dann werden die drei Millionen Reichsbannerleute verhindern, daß an der deutschen Republik genugt wird. Glaubt man die Leute, die die Heimat verteidigt haben, nochmals zu Wählern zweiter Klasse machen zu können? Wer verbrechen will, was das Reichsbanner bewahrt, der riskiert, daß das ganze Volk verbrennen wird. Wir sind zu pazifistisch, um dem Heldentum des Krieges einen Vorrang einzuräumen. Das Heldentum eines Amtmanns, eines Freiwilligen Käfers, das Heldentum der Bergarbeiter in der Grube, das Heldentum derer, die bei einem Unglück zur Hilfe eilen, steht uns höher. Zu diesem Heldentum wollen wir das Volk erziehen. Das ganze Volk wird liebend vom Vaterland sprechen, wenn es schüchtern seine Hand auch über seinen armen Sohn hält.

Alle Reden waren mit großem Beifall aufgenommen worden. Die Versammlten sangen stehend die dritte Strophe des Deutschen Liedes, worauf die Massen die Hölle verließen.

## Der große Festzug.

Kurz vor 3 Uhr nachmittags erfolgte vom Messelände aus der Abmarsch in vier großen geschlossenen Abteilungen. Der gewaltige Zug wurde eröffnet durch ein Auto der Leitung der Arbeitsamtsarbeiterkolonne, in einem Abstand dahinter folgte berittene Schupo, gleich hinter ihr ein Ordendienst des Reichsbanners und schließlich als Spiege des Trommler- und Pfeiferkorps der Abteilung Ost und ein Musikkorps. Unmittelbar hinter der Musikkorps stellten sich die Bannerleute von Reichsbannerleuten, Genossen Löbe, Oberst Schützinger und die übrigen, im Feierprogramm genannten Ehrengäste und Hauptredner, ferner der gesamte Gauvorstand: die Kameraden Frey, Wahle, Rosowitz, Funke, Alexander, Herrmann, Schmitt und andere. Nunmehr folgten die einzelnen Trupps und Ortsvereine mit ihren Fahnen, zwischendurch wieder Kapellen und Trommler- und Pfeiferkorps sowie berittene Schupoposten, die auch im Verein mit einem Mannschaftsauto den Abschluß bildeten. Es ist vorläufig unmöglich, die ungeheure Stärke des Zuges jenseitig anzugeben, also der Kopfzahl nach anzugeben. Wenn man aber in Betracht zieht, daß das Ende des Festzuges noch über die Freiheitsbrücke schritt, während die Spiege bereits die Mauritiusbrücke passierte, so kann man sich wohl ein ungefähre Vorstellung davon machen, daß es sich hier um einen Zug gehandelt hat, dessen Länge offiziell in 15 Kilometer eingetragen. Dazu kommt noch, daß ein Teil der auswärts eingetroffenen Mannschaften mit der Straßenbahn nach Morgenau gefahren war, also nicht mitmarschierte.

Wiederum machte Petrus ein gnädiges Gesicht. Nach dem Regen am Vormittag und um die Mittagszeit hatten wohl die meisten geglaubt, daß auch der Festzug einen gehörigen Treiber bestimmt abkommen werde, zumal einzelne Trupps (zum Beispiel der von Ettingen eingetroffenen) vormittags ganz schön nah geworden waren. Aber das Wetter wurde direkt selbstlos schön. Nicht nur der Regen legte plötzlich aus, nein, auch die Sonne scheinte und trocknete die vormittags nah gewordene Windstille gehörig wieder. So war es kein Wunder, daß die schon ohnedies begeisterte Stimmung der Festzugsteilnehmer durch den milden Sonnenchein noch verstärkt wurde. Mit klängendem Spiel ging es durch die Tiergartenstraße, am Ohlauer Ufer herum nach der Poststraße, Laichsenstraße, Lauenstraße, Brüderstraße, Mauritiusstraße bis in den Lunapark nach Morgenau. Unterwegs überall in den Gärten „Schwarz-Rot-Gold“ geschmückte Fenster, Girlanden, Blumenschmuck, junghende „Freiheit“-Kinder, auf den Bürgersteigen ein nach Feierabend geholztes jahrlanges Publikum. In der Laichsenstraße und an anderen Stellen tauchten weißgekleidete Mädchen auf, um den Bannerleuten und besonders den erwachsenen, an der Spitze marschierenden Ehrengästen freundlich Blumensträuße zu überreichen. Genosse Löbe konnte die ihm dargebotenen Blumensträuße gar nicht alle in Empfang nehmen. Alle Straßen, die der Zug berührte, zeigten (bis auf die Tiergartenstraße), sehr schönen Feierabend in den republikanischen Gärten. Allen Einwohnern dieser Straßen sei dafür an dieser Stelle herzlich gedankt. Wie schon am Abend des Feierabends hatten auch am Sonntag wieder die Vermögen am meisten für religiöse Auskönigung ihrer Feinde Sorge getragen. Alle Achtung vor solemnem Idealismus tropft aus und fließt.

Unmittelbar am Ziel, am Lunapark, näherte sich um 15 Uhr ein prächtiger Vorbeimarsch, der fast eine Stunde dauerte. Der Gauvorstand und die Ehrengäste standen an einer erhöhten Stelle gegenüber einer Kapelle, während der Festzug in einer großen Rundumparade (Süd, Nord, Ost und West) denkt die ausdrücklichen Formationen mit eingefiedert waren, in entsprechender Haltung vorbeidefilzierte. Bei diesem Vorbeimarsch werden 141 Ortsvereinsfahnen gezeigt, ohne die kleineren jahrszählenden Zugabordnungen. Es war eine Lust zu sehen, wie die Alten nach dem Tode der Mutter ihre Seins feiern besser wie die Jungen waren, insbesondere so mancher kleiner Bismarck-Junge, der sich auf die Schulter seines Vaters setzte und lächelnd in die Kamerae sah. Eine Menge Kinder, die auf den Schultern ihrer Eltern standen, waren ebenfalls sehr aufmerksam und interessiert.

Der Gauvorstand-Berlin brachte für die Demokraten sein Werk von Handarbeit der Republik den Eid ab und bat seinen Freunden, mirum das Reichsbanner noch fortzubauen, da den

dem Verhalten der Schupo während des Durchmarches durch die Straßen, war nichts zu bemängeln, freilich mussten die eigenen Ordner auch gebrüg zugreifen, um überall die erforderlichen Überzeugungen zu bewerkstelligen. Das gute technische Fertigen des Festzuges und auch des Zapfenstreichs ist vorionders den beiden Ortsvereinsvorständen Funke und Alzgander zu danken. Ein Lied verdient auch das Trommler- und Pfeiferkorps der Abteilung Ost mit seinem modernen Tambour, für das jährliche Durchhalten während des Festzuges und beim Vorstellungsaufmarsch.

Zum Schlusse möge noch Erwähnung finden, daß nicht nur aus ganz Mitteldeutschen Mannschaften eingetroffen waren, sondern aus Süddeutschland. Darüber hinaus waren Ortsgruppen aus Regensburg, Stuttgart, Leopoldshall und noch weiter her erschienen. Auch vermerkt sei auch, daß sich unter den Ehrentaggen ein Vertreter der Deutschen Friedensgesellschaft befand. — Alles in allem: Ein wohlauf erledigender Tag. Ein höchst deutscher republikanischen Geistes!

#### Die Technische Nothilfe droht!

Am Mittwoch hatte die Technische Nothilfe zu einer Mitgliederversammlung in der neuen Börse eingeladen. Erwähnenswerte waren etwa 400 Personen, von denen jedoch kaum ein Drittel als Notheiter anzusehen waren. Die Mehrzahl der Versammlung setzte sich aus weiblichen und jugendlichen Besuchern zusammen.

Der wesentlichsche Teil der Tagesordnung bildete ein Vortrag des wissenschaftlichen Beirats, Herrn Wilmanns, der in seinen Ausführungen den Beweis für die Unentbehrlichkeit der Technischen Nothilfe zu erbringen versuchte. Er führte sehr anschauliche Zahlen dafür an, wie oft die Technische Nothilfe eingesetzt werden müsse und beweiste ferner und direkt, daß die Sicherheitsmehrheit in lebenswichtigen Sitzungen die Zuführung der Ausführung der Notstandarbeiten bei Wirtschaftskämpfen nicht ernst nehme.

Ferner verbreitete er sich über den Haushaltssatzplan der Technischen Nothilfe und kritisierte, daß der Reichstag beschäftigte, an dem Haushaltssatzplan der Technischen Nothilfe rund 600 000 M. zu streichen. Er vertrug sich dabei zu der Drohung: Wenn diese Kürzung zur Tatzeit gebracht werden sollte, dann würde die Technische Nothilfe das werden, was man ihr immer nahegebracht hat: mit anderen Worten, sie würde ihre Existenz als Streitkriegerorganisation suchen.

Domit hat die Technische Nothilfe, weil auch Gäste Zutritt hatten, in aller Offenheitlichkeit ihr wahres Gesicht enthüllt, und der Reichstag wird es sich sehr überlegen müssen, ob die geplante Abwendung und Auflösung der Technischen Nothilfe nicht schändiger vorausnehmen wäre. Wenn sie beabsichtigt, zu einer Kavallerie reaktionärer Unternehmer werden zu wollen, dann soll sie das nur bald tun. Das Reich aber kann die für sie und ihr mehr als zweifelhaft Tätigkeit ausgewiesenen 32 Millionen haben. Die Arbeitserhalt wird es nicht leicht machen, die Einrichtung zu erhalten. Die Arbeitserhalt aber hat keine Rücksicht, die Räumungsabsichten zu fürchten; sie ist schon mit ganz anderen Bildern fertig geworden.

#### Von den Arbeiter-Kinderfreunden.

**Heller!** Heute, abends 8 Uhr, Michaeliskirche 36, Helferbesprechung. Auf der Tagesordnung stehen u. a. Kindergetreffen, Ausgestaltung von Freien.

**Möller!** Die Kündanten aus allen Gruppen kommen heute um 6 Uhr in die SA-Beratung an den Teufelskern.

**Sänger!** Die Sangesfreudigen aus allen Gruppen treffen sich Dienstag um 5½ Uhr an der Ohlauer Tor, Ecke Michaeliskirche.

**Gruppe 1 (Ohlauer Tor).** Heute Montag treffen sich alle Kinder um 5 Uhr zu Spiel und Tanz auf der Spielwiese im Wallsmüntzel. — Donnerstag treffen sich alle Kinder 5 Uhr imheimischen Vereinshaus zu einer wichtigen Besprechung.

**Gruppe 2 (Schönig). Treffen zum Spielen Donnerstag um 5 Uhr am Brauhaus. Wir gehen wieder nach der Dienstagssitzung. Bestimmt müssen die "Bildmärchen"-Spieler erscheinen und ihre Rollen mitbringen.**

**Gruppe 4 (Ritaikator).** Mittwoch um 4½ Uhr spielen wir alle im Eichenpark. Zum Singen treffen wir uns Freitag um 5 Uhr in der Schule Berliner Straße.

**Gruppe 5 (Gräbchen).** Mittwoch und Freitag: Spiel und Tanz. Wir treffen uns an beiden Tagen um 4½ Uhr an der Michaeliskirche, Gedächtniskirche. Ihr müßt pünktlich kommen, da es auf eine neue Woche geht. Sonntag: Fahrt. Nächstes am Spielzeugtag am Freitag.

**Gruppe 7 (Jüngste Stadi).** Treffen zu unseren Veranstaltungen: Montag, 5 Uhr, Feldkirchhof; Mittwoch, 4½ Uhr, Marienplatz; Donnerstag, 5 Uhr, Feldkirchhof.

**Ehren und Kinder.** Nur unter Gaukerten am 25. und 26. Juli in Jauer, zu dem Kinder aus über 20 Orten kommen, aus schon jetzt tüchtig gespart werden.

#### Arbeiter-Jugend.

**Die Obdulie der Heimat 1, 5 und 7** treffen sich heut um 16–8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer 25. Gernet erscheinen sämtliche Chorleute für unser Sonnenwendspiel. Desgleichen die Seiger und die Burden zum Faschingszug. Jeder erkenne die Notwendigkeit und ist deshalb Pflichtschule und Erziehung eines jeden erforderlich. Treffpunkt 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.

**Heim 2.** Dienstag, den 23. Juni, wichtige Funktionärsversammlung, jeder Funktionär hat zu erscheinen.

**• Totliche Misere.** Der 48 Jahre alte Arbeiter Max Weidner starb Sonnabend nachts bei seinem Nachbarleben am Hausratstreifen im Grundstück Gräßbener Straße 16. Bereits und dies blutdürstig liegen. Mittels Krankenwagen der städtischen Feuerwehr wurde er dem Oberliegenschaftspital gebracht, wo er kurz Zeit darauf infolge Staubdurchgang verstarb. — Auf dem heutigen Friedhof ist ein 67-jähriger Oberbürgermeister aus Leidenschaft vom kleinen Orlowagen herau. Man hoffte ihn in das Oberliegenschaftspital. Auf dem Weg durch die verschneite Luft starb er. Die Beerdigung wurde nach der Autobahn geführt.

# Der aus zum Motto gegen die Ausplunderung des Volkes sei heute abend die Parole. Auf zur Versammlung nach dem Central-Ballaal. Dort spricht Reichstagsabgeordnete Genossin Sachacz - Berlin.

\* Begehr Erneuerung der Straßenbahngleise werden die Straßenkreuzungen Scheiniger, Selken, Kleine Fürsten-, Tiergarten-, Marcks-, Gekrönte-Straße vollständig, sowie die vorgenannten Straßen selbst auf je 50 Meter der Kreuzung ab in der Zeit vom 29. Juni bis 6. August für Fußverkehr und Reiter halbiert gehoben. Wegen Umgestaltung wird die Morgenstraße kreuzweise in der Zeit vom 22. Juni bis 4. Juli für Fußverkehr und Reiter halbiert gehoben.

#### Aus Schlesien.

##### Vom Schlesischen Städteleben.

Der Vorstand des Schlesischen Städteleben hat am Montag, den 15. Juni 1925, in Bad Salzbrunn eine Sitzung abgehalten, in der wichtige Angelegenheiten zur Erörterung standen:

Zunächst besprach er sich mit der Frage der Errichtung von Beamtenfachschulen. Hier war von der Kombination verschiedensten andern Beamten-Organisationen, auch dem Landkreisverband Mitteldeutschland, eingeregt worden, in Breslau eine Beamtenfachschule zu errichten. Nach eingehendem Ratsrat des Bürgermeisters Dr. Wiesner aus Görlitz und längster Diskussion einstimmig für den Augenblick die Errichtung einer solchen Schule ab, da es durch Umfrage nicht werden möchte, ob sich einmal genügend Anwärter für eine solche Schule finden würden, die einen benötigten fest bis zwölmonatigen Lehrgang verlangen müßte, und weiterhin, nämlich von den Vertretern der kleineren Städte, es als ausgeschlossen erklärt wurde, daß einen solchen Raumbeamte zu verarbeiten, ihnen dazu das volle Gehalt weiterzuzaubern und darüber hinaus noch für den erhöhten Aufwand einen Zuschuß zu gewähren.

Weiter nahm der Vorstand Stellung zu verschiedenen vorliegenden Unterstützungsenträgen und beschloß, durch Rundschreiben sämtlichen Mitgliedsgemeinden wärmstens zu empfehlen, Umlagen für den Erwerb und die Errichtung eines Studienteilheimes der Technischen Hochschule, sowie für die Ermöglichung der von Professor Dr. Bruno Dietrich geplanten Propagandareise nach den Vereinigten Staaten zu beschließen. Weiter soll auch empfohlen werden, dem Saarverein beizutreten, auch Spenden für die Deutschlandsiedlung des Sudeten als Dank für die von dort seinerzeit geschaffene Deutschlandsiedlung und das Kinderhilfswerk zu zeichnen.

Als weiterer Punkt beschäftigte den Vorstand die Frage der Wiederarbeiterfürsorge. Hier wurde beschlossen, an beide Provinzialverwaltungen mit der Bitte heranzutreten, schwierige Arbeitervillen nach dem Beispiel von Hoffmannsdorf und Löbau und den Anstalten in Betschau einzurichten, um die auf der Landstrasse vorgefundene Elemente, von denen die überwiegende Mehrzahl krimineller Art sind, und eine schwere Gefahr für die Kleinjadde und das plattdeutsche Land bilden, in Kontrolle zu nehmen und sie entweder zu arbeitsfähigen Menschen zu erziehen oder, soweit sie arbeitsfähig sind, durch gerichtlichen Zwang Arbeitshandlungen zuzuführen.

**Biegitz.** Eine genehmigte Eingemeindung. Das preußische Staatsministerium hat die Eingemeindung von Biegitz in die Stadtgemeinde Sprottau genehmigt.

**Waldenburg.** Eine 35 000 Mark-Anleihe hat die Stadt Waldenburg bei dem Reichsbahnpfandsverein Charlottenburg aufgenommen und steht wegen einer weiteren Anleihe in Höhe von 1½ Milliarden noch mit einer anderen Stelle in Verbindung. Die Gelder sollen zum Bau einer 26-stöckigen Wohnsiedlung im Stadtteil Lützowier, sowie zu dem bereits bewilligten Bau von 111 Kleinwohnungen verwendet werden.

**Waldenburg.** Bei so niedrige Weise ums Leben gekommen. Schon wieder ist auf dem Schulhof in Lohmawerder der Tod eines im blühenden Alter von 23 Jahren stehenden Kindes, des Schlossers Gustav Kärtmann, zu beklagen. Er war im Uebertreibebetrieb tätig und wurde am Mittwoch von der ansteigenden Stunde des elektrischen Förderbetriebes am Kopfe erfaßt, hochgehoben und trug einen Bruch der Wirbelsäule davon, die seinen Tod zur Folge hatte.

**Striegau.** Errichtung einer Landwirtschaftsschule. Die letzte Städtevertretung beschäftigte sich mit dem Projekt des Landwirtschaftsfamiliens in Striegau, hier eine Landwirtschaftsschule zu errichten. In die Stadt war das Ergebnis gerichtet worden, die hierfür notwendigen Räume zu stellen. Von den entstehenden Kosten in Höhe von 4800 Mark jährlich trägt der Kreis die Hälfte. Für den Direktor soll im Dachgeschoss des evangelischen Kapitels eine Wohnung hergerichtet werden. Zur endgültigen Regelung der Kostenbeschaffung und mehrerer anderer kritischer Punkte wurde zunächst die Beauftragung ausgeschrieben, möglichst aber dem Ergebnis der Landwirtschaftsfamiliens zu entsprechen.

**Strehla.** Zukünftige Ausstellung. Die Handwerker der Stadt und der näheren Umgebung haben hier anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der Handwerkerschule in Strehla eine Ausstellung ihrer Erzeugnisse vorbereitet. Die ausgestellten Erzeugnisse, unter anderem Erzeugnisse aus Schieferstein und Steingusssteinen, sowie Eisenwaren, Maler, Photographen- und Lackier-Erzeugnisse zeigen darin, daß die Strehler Handwerks-

meister an Regelmäßigkeit und künstlerischen Leistungen nicht hinter den anderen Städten zurückstehen. Die Ausstellung wurde durch einen Vertreter des Landrats eröffnet.

**Hirschberg.** Das Ende eines Wäldlings. In der Sommerbaude seines Schrebergartens erschoss sich der Oberstadtkreisrat Hoffmann. Als Grund seines Selbstmordes wird durch die Polizei angenommen, denn er habe sich an einem 9-jährigen Kind vergangen und dasselbe mit einer Krankheit angelastet. Der Stadtsanwalt beschäftigte sich bereits mit der Angelegenheit.

**Juliusburg.** Die Stadt will Stadt bleiben. Vor einigen Tagen ging die Nachricht durch die Presse, daß die Stadt Juliusburg bei der Regierung beantragt habe, zum Dorf umgewandelt zu werden. Die letzte Stadtverordnetensitzung beschloß jedoch, Stadt bleiben zu wollen.

Zwei Verhandlungen mit der Regierung wird eine Kommission gewählt. Sofort nach Abschluß dieser Verhandlungen soll eine Bürgermeisterwahl ausgezogen werden.

**Tarnowitz.** Von den großen finanziellen Unterschieden der polnischen Regierung an die oberdeutschen Städte erhält Tarnowitz, wie soeben bekannt wird, ½ Millionen Zloty. Außerdem hat die Knapsack zum Zwecke der Kanalisation 300 000 Zloty zur Verfügung gestellt, so daß der Stadtsanwalt beginnen soll, gedeckt ist.

**Kattowitz.** Die Wirtschaftsnutz in Ostschlesien. Wie unser Korrespondent soeben erfuhr, haben Vertreter der drei Industriezäle Oberschlesiens, Dombrowa und Krakau beschlossen, angeblich der schweren Notlage der ostschlesischen Industrie 30 000 Arbeiter zu entlassen und gleichzeitig die Lohnsenkung zu erhöhen, um die Einnahmen nach dem Verhältnis zu der Produktionsmöglichkeit zu gestalten.

**Arbeiter-Sport**

1. Arbeiter-Augsburg-Verein Breslau e. V. Freitag, den 26. Juni, abends 8 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses. Tagesordnung: Neuwahl verschiedener Vorstandesmitglieder. Die Ordner müssen die Binden so schnell wie möglich an und abziehen, damit ich sie abführen kann.

**Freie Turnerschaft.** 2. Turnerinnenabteilung. Samstag, den 26. Juni ist folgender Wettkampf: 42–43 Uhr ist für alle Männerkämpfen Rädelspiel, Radeln und weinen Zwirn mitbringen. Kein Reife. 2½ Uhr: Faustball 1. Mannschaft—2. Mannschaft. Leiter Friedrich. 3. Mannschaft—4. Mannschaft. Leiter Wolff. Jungmädchenball 1. Mannschaft—2. Mannschaft. Leiter Friedrich. 3. Mannschaft—4. Mannschaft. Leiter Hausmann. Jungmädchen 100 Meter und 400 Meter-Lauf und Sprung. Leiter Wolff. 5 Uhr: Weißel. Jungmädchen: Tischmobil. Leiter Hausmann. 1. bis 4. Mannschaft: Training im 100, 400 und 800 Meter-Lauf. Sprung und Staffellauf. — 5–5½ Uhr: Faule. — 5½ Uhr: Handballspielzeit und Spiel: a) Turnen, b) Jungmädchen. — 7 Uhr: Gesellschaftsspiele. — 8 Uhr: Turnerinnenversammlung in der Hütte. — Ausleidzeiten von ½–2½ Uhr und von 5–5½ Uhr zu anderen Zeiten wird die Hütte nicht geöffnet. Mannschaftsaufstellung: 1. Mannschaft: Jäger, Fr. Strobl, Gläser und Hedwig Solubar, Jäger, 2. Mannschaft: Danold, Sohn Maria, Brautschel, Luma Solubar und Stefan. 3. Mannschaft: Gläser, Jäger, Schöbel, Spec, Heimlich. — 1. Staffettenteam: Hanold, Hedwig Solubar, Jäger, Sondra, Gläser. 2. Staffettenteam: Luma Solubar, Scholz Maria, Sönja, Gläser.

**Freie Turnerschaft.** 6. Abteilung. Alle Turnengassen treffen sich zum Werderpartie-Fest auf der Turnhalle Öster. Straße um 2 Uhr zum Abmarsch nach Klein-Lichtenauer Sportplatz. Männerturner lange weiße Hose, Jugendturner kurze weiße Hose. Alle Turnengassen männlich zur Stelle.

**Arbeiter-Athleten-Bund.** Besiel 1. Freitag, den 26. Juni, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Zimmer 18, eine außerordentliche Funktionärsversammlung statt, zu welcher jeder Verein auch die Landbereiche unbedingt vertreten sein müssen. Auf der Tagesordnung steht: Stellungnahme zum Kreis. Jeder Verein ist verpflichtet, am Sonntag, den 28. Juni, einen Delegierten zur Kreissitzung nach Weissenstein i. Kreis, zu entsenden.

#### Bereinstalender.

**Baugewerkschaft.** Baugewerkschaft Breslau. Wichtige Versammlung der Vertreter, Delegierte und Hilfsklassierer am Mittwoch, den 24. Juni, nachmittags 7½ Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses. Zur Beratung steht: „Das Ergebnis des Schlichtungsausschlusses“. Die für denselben Tag angelegte Plauterversammlung fällt aus. Ohne Ausweis keinen Zutritt.

**Gardesuppe der Gläser.** Mittwoch, den 24. Juni, nachmittags 7½ Uhr, findet im Zimmer 5 des Gewerkschaftshauses eine wichtige Gläser-Beratung statt. Das Erstellen aller Kollegen ist Pflicht. Der Gardesuppenleiter.

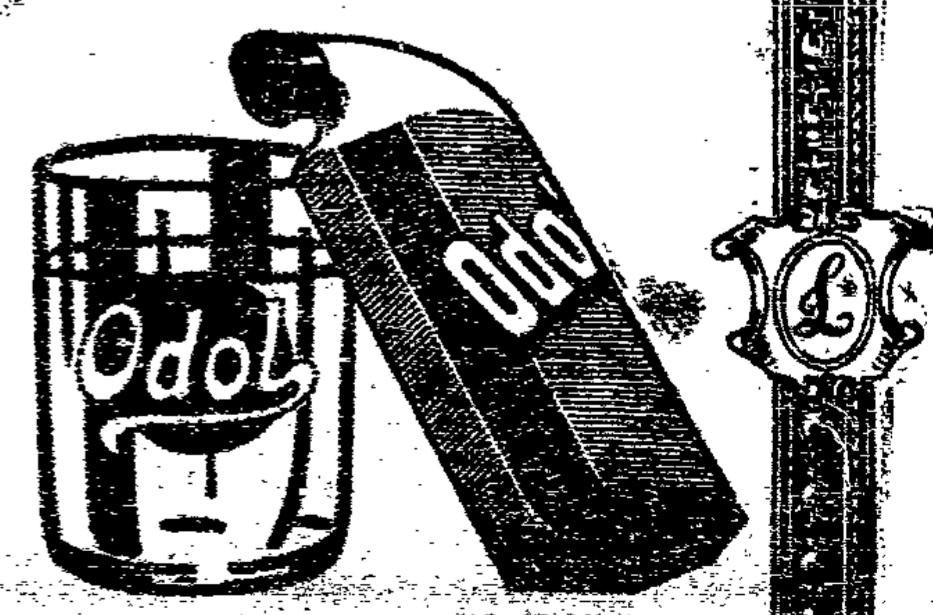
**Deutscher Textilarbeiterverband.** Montag, den 22. Juni, abends 8 Uhr, Versammlung im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: Der Stand unserer Lohnverhandlungen.

#### Wasserstand

am 22. Juni 1925.

Raffiner	0,84	Dahmebach	0,98
Reife (Stadt) (s. 18. 6.)	0,68	Abflussmenge je Kubikfuß 51 ccm	0,98
Verbindung (Unter-Regel)	1,54	Fließen	0,98
Kadem (Unter-Regel)	1,80	Gummiberg (21. 6.)	0,14
Elbig (Riesentum)	1,94	Wasserzuflüsse: + 15,2%	

**Wollen Sie verreisen?** Nie ist die regelmäßige Benutzung eines antiseptischen Mundwassers so wichtig wie auf der Reise. Sie sitzen stundenlang in überfüllten Abteilen, Sie kommen überall in Berührung mit fremden Menschen, Sie schlucken Staub und schädliche Mikroben in Menge. Nichts ist besser geeignet diese Gefahren zu bannen, als die regelmäßige Benutzung von Odol, dem anerkannt antiseptischen Mundwasser. Odol ist deshalb auf der Reise so praktisch und so beliebt, weil der geniale, patentierte Verschluß ein Auslaufen der Flasche unmöglich macht, weil die Flasche wenig Raum im Koffer beansprucht und weil Odol das konzentrierteste Mundwasser der Welt ist, so daß eine einzige Flasche selbst für eine Weltreise vorhält. Vergessen Sie danach nicht, sich mit Odol zu versorgen, als Sie Ihre Reise antreten!



## Gewerkschaftsbewegung. Der russische Sozialrevolutionär Goh an Edo Timmen.

Unser belgisches Bruderorgan "Peuple" veröffentlicht einen Brief des ehemaligen Mitgliedes des Zentralkomitees der sozial-revolutionären Partei Goh an den früheren Sekretär der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale Timmen. Timmen hatte nämlich im Herbst 1924 nach seiner Rückkehr aus Sowjetrußland die Bündnisse über die vorherigen Verhandlungen zum Bestreben gegeben. Die Kommunisten gingen damals mit diesen Mitteilungen ein und brachten sie immer wieder vor, wenn sie Schilderungen, die den wirtschaftlichen Tatsachen entsprachen, widerlegen wollten. U. a. hatte er auch vor einem angeblichen Besuch des Sozialrevolutionärs Goh berichtet, den er auf einem wunderbaren Gut in der Nähe von Moskau gefunden haben wollte. Bezeugnend auf einen entsprechenden Artikel vom 15. Januar 1925 im offiziellen Organ der Sowjetregierung "Iswestija" steht nun Goh einen offenen Brief an Timmen, in dem er bestreitet, je dessen Besuch empfangen zu haben. Er nimmt an, daß Timmen wohl ein falscher Goh gesehen worden sei, ganz so, wie man seinerzeit Purcell kurz nach den Massenhinrichtungen in Georgien das tödlich tanzende georgische Volk gezeigt habe. Goh bestreitet auch, zusammen mit seinen Bewandtnissen, je auf einer Bühne bei Moskau gelebt zu haben. In Wirklichkeit habe er nur einmal 14 Tage auf einem in ein Gefängnis verwandelten kleinen Gute hinter Gittern und Stacheldraht verbringen dürfen, nachdem seine Gesundheit wie auch die seiner Kameraden durch die unmöglichsten Bedingungen des Internierungslagers der Ustschta fast völlig zugrunde gerichtet worden war. Goh stellt fest, daß die Gruppe der zum Tode verurteilten Sozialrevolutionäre im Laufe von 2½ Jahren 18 Hungerstreiks durchgemacht habe von einer Gesamtdauer von 366 Tagen. Ein jeder von den Verurteilten habe in boshaftesten Gefangenissen im ganzen je vier Jahre verbracht und in Gefangenissen überhaupt einschließlich der zaristischen je 12 Jahre.

Diese Behauptung Goh ist insofern interessant, als sie auch die übrigen Schilderungen Timmens über die Sowjetzustände in einem eindrücklichen Licht erscheinen lassen. Man erkennt daraus, welchen Wert sie haben und welches Unheil sie in den Hirnen so mancher Arbeiters anricht. Sind auch die seinerzeit zum Tode verurteilten S. R. bereits freit, so durfte doch der Kampf unzähliger gefangener Sowjeten um bessere Gefangenistandorte noch an. Laut Besluß des Ra. s der Volkskommissare sollen die S. D., die S. R. und Anarchisten von den Solowezki-Inseln auf den Kontinent überführt werden. Diese "Erleichterung" ihres Schicksals darf aber von der Arbeiterschaft nicht überhöhnt werden. Sie im hohen Norden liegenden Orte, in die sie nun verschickt werden sollen, sind derartig, daß die Verbannung nach dorthin einem langen Tod gleichkommt. Der Kampf des Proletariats um die Erleichterung der Lage der gefangenen Sozialisten in Russland darf unter keinen Umständen aufhören.

## Deutsch-polnische Gewerkschaftskonferenz.

Im Kattowitzer Gewerkschaftshaus fand am 19. Juni eine Konferenz der polnischen und deutschen freien Gewerkschaften unter dem Vorsitz des Genossen Sassebach, als Vertreter der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale statt. Da die Satzungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes festlegen, daß für jedes Land nur eine Landeszentrale anerkannt wird und alle gewerkschaftlichen Organisationen dieser einen Zentrale angegliedert sein müssen, entstehen nach der Grenzänderung für die deutschen freien Gewerkschaften, insbesondere in Osthinterpolen, eine jahrmäßige Pflicht gegenüber der Internationale, die ohne weiteres zu erfüllen ist, solange die polnischen Gewerkschaften sich nicht der Pflege der nationalen Minderheitsrechte als besondere Pflicht widmen.

Die Einigungsverhandlungen, die durch eine grundsätzliche Rede von Sassebach über die Aufgaben der Internationale eingeleitet wurden, brachten das Prinzip zur Anerkennung, daß in einer Landeszentrale eines national gemischten Landes die nationalen Minderheiten eine entsprechende Vertretung eingeräumt erhalten müssen. Die Gewerkschaftszentrale übernimmt außerdem gegenüber der Internationale die Verpflichtung, die sprachliche und kulturelle Entwicklung der nationalen Minderheiten nicht zu hemmen, auch nicht aus Gründen der sogenannten Staatsicherheit. Dabei ist Voraussetzung, daß die Minderheiten sich bereitfinden, die auch gegen ihren Willen geschaffenen Staatsgrenzen anzuerkennen.

In einer ausführlichen Aussprache kam sowohl von den polnischen freien Gewerkschaften, von den deutschen Gewerkschaftsführern der Wille zu einer Einigung im wirtschaftlichen Kampf und seiner Organisation zum Ausdruck. Beschlüsse wurden aber noch nicht gefaßt und auch noch nicht vorgeschlagen. Die deutschen Vertreter machten den polnischen Kollegen ein scharfes Vorgehen gegen jeden nationalsozialistischen Terror zur Pflicht, die grundsätzlich aus von den Polen im Gegensatz zu ihren nationalsozialistisch eingesetzten Landsleuten anerkannt wurde. Sassebach schloß die Einigungsvereinbarung mit dem Wunsch, daß dem Gewerkaustausch auch praktische Schritte folgen mögen.

## Die belgischen Metallarbeiter vor dem Streit.

Brüssel, 22. Juni. (Funkschreiber.) Der heiger Metallarbeiterkongress in Brüssel hat einstimmig beschlossen, zum 1. Juli in allen belgischen Metallarbeiterbetrieben den Streit zu proklamieren, in denen die Arbeitgeber die angeläufige fünfprozentige Lohnherabsetzung durchführen. Dieser Kongressbeschluß führt auf eine Abstimmung aller, sowohl organisierte als auch unorganisierte Arbeiter, von welchen 90 Prozent für den Generalstreit stimmen. Von dem Streit werden 100 000 Arbeiter betroffen.

## Der Schiedsspruch für die Duisburger Hafenarbeiter verbindlich erklärt.

Duisburg, 22. Juni. (Funkschreiber.) Der Schiedsspruch der Duisburg-Ruhrorter Hafenarbeiter ist vom Reichsminister für verbindlich erklärt worden. Bekanntlich haben die streitenden Hafenarbeiter den Schiedsspruch angenommen. Der Arbeitgeberverband hat jedoch den Schiedsspruch wegen verhinderten unerlässlichen Befestigungen abgelehnt. Die Duisburg-Ruhrorter Hafenarbeiter haben beschlossen, nachdem der Reichsminister der von ihnen beantragten Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches stattgegeben hat, sich am Sonntag den Arbeitgebern zur Wiederaufnahme der Arbeit zur Befestigung zu stellen.

## Schiedsspruch für die Heizungsindustrie.

Zu dem Lohnkampf der Zentralheizungsindustrie Rheinlands und Westfalens wurde am Mittwoch unter dem Vorwurf eines Verstoßes des Arbeitgebers die Westfalen folgender Schiedsspruch gestellt: 1. Der tarifliche Spitzelohn wird ab 17. Juni 1925 von 16 Mark auf 1.20 Mark pro Stunde erhöht. Die Lohnmehr der übrigen Gruppen verhindert die entsprechende Erhöhung. Diese muss bis zum 23. Juni 1925.

## Der Riesentrust.

### Die Konsolidierung des internationalen Kapitalismus.

Die nun schon seit Monaten andauernden Verhandlungen in der internationalen Eisenindustrie haben, ein erstes Ergebnis, zur Wiedererrichtung des internationalen Schienenkonzerns geführt. In der Weltseewirtschaft ist es nach den Aktionen um die Fahrzeugschwundrente (1920) verhältnismäßig häufig zu Kurzstellungen und Syndikatierungen gekommen. Neben dem 1911 in Brüssel gegründeten internationalen Stahlverband und dem berüchtigten internationalen Trägerkartell, einer Preis- und Abschlussonderung zwischen Deutschland Frankreich und Belgien, hat wohl das Schienensyndikat die größte Rolle in der freundhaften Auseinandersetzung der Märkte, wie es in den Statuten des Kartells so schön heißt, gespielt. Es wurde 1905 gegründet. Ihm gehören Deutschland, Belgien, Frankreich, England, Nordamerika, Rußland, Spanien und Österreich-Ungarn an. Durch diese fast unendliche Zusammensetzung wird die freundliche Auseinandersetzung des Marktes nach einer festgelegten Schlüssel — und auch das Preisdictat möglich. Der Krieg vernichtet das Syndikat. Im Zeichen der "Neuordnung der Märkte" ruft nun der sich konsolidierende, nach gemeinsamer Aktion strebende Kapitalismus die Konvention wieder ins Leben.

Wenn in der Eisenwirtschaft auch nach dem Kriege die Sorge um Markt und Preis den Plan einer internationalen Bindung schnell reisen läßt, so liegt das an jenen Auswüchsen kapitalistischer Produktionsmethoden, die man höchstens als "Überproduktion" bezeichnet; die Welt setzttag heute viel mehr Eisen zu produzieren, als vor dem Krieg; sie nutzt ihre Leistungsfähigkeit aber kaum bis zu 50 Prozent aus und trotzdem kann der Markt die Eisenproduktion nicht aufnehmen. Hier soll nun die internationale Bindung Abschluß schaffen. Seit ungefähr 30 Jahren sind derartige kapitalistische Experimente immer wieder aufgenommen worden. Ein Musterbeispiel dafür sind die brasilianischen Kaffee-Kolonisationen, die im Jahre 1907 begannen. Sie bestehen darin, daß der Staat Kaffee austaut, also das Angebot verringert, um infolge der künstlich gesteigerten Nachfrage Höchstpreise zu erzielen. Die hohen Nachfragepreise, die augenblicklich wieder durch neue Käufe der brasilianischen Regierung weiter stark anziehen, erklären sich aus diesem kapitalistischen Experiment. Technisch mache es England, indem es durch Verkaufssperre strategische Zonen hochtriebt. Deutlicher tritt der ausschließliche Profitcharakter dieser Marktpolitik bei der gegenwärtigen Rubbertausse in Erscheinung. Hier ist das wesentliche Merkmal seit 1922 die direkte Einräumung der Gummiproduktion selbst, wodurch sich die Gummiherstellung auf 60 Prozent des Gummidardars, der Gummiwert über um fast drei Schilling über den höchsten Kriegspreis (1916) stellt. Diese fühlbare Verkürzung des Abgangs durch markttechnische Mittel und Drosselung der Produktion ist nichts anderes als eine Korrektur des klassischen Kapitalismus, der auf dem sogenannten freien Spiel der Kräfte in Angebot und Nachfrage beruhte. Der Kapitalismus von heute redet eher von Anpassung der Erzeugung an den Bedarf. Jedoch hat seine Preispolitik wenig mit dem Gedanken einer Bedarfsbedingung zu tun. Bei dem heutigen Kapitalismus handelt es sich ausschließlich um Richtbefriedigung des Bedarfs zwecks Hauptpreisen, mit dem Erfolg einer Unterdrückung produktiver Kräfte, während die sozialistische Auffassung einer Bedarfsbedingung ja erst auf der Steigerung des Bedarfs und Auseinandersetzung neuer produktiver Kräfte beruht. Der deutscho-französische Eisenblock, dessen Geburt sich ja im Rahmen der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen vollzieht, dürfte zum Beispiel sicher um 20 Prozent billiger produzieren können, als jede andere Eisenindustrie der Welt, da er den französischen Gruben den Abfall an Minette und damit die billigeren vollen Ausnutzung der Betriebe, Deutschland aber, das seinen Bedarf aus heimischem Eis und Schrott noch nicht mal bis zur Hälfte decken kann, den Bezug billiger Rohstoffe für seine Hütten gewährleistet.

Sozialistische Wirtschaftspolitik würde hier einhalten, den vorhandenen Eisenbedarf der Welt billig befriedigen und Bedarf und Produktion weiter steigern. Der Kapitalismus von heute geht andere Wege. Bei ihm kommt es, ohne Rücksicht auf die Produktion und den Verbrauch darauf an, den Markt, wie er eben ist, und den weit über Friedensstand liegenden Eisenpreisen zu behaupten. Das ist der Sinn der kapitalistischen Marktexperimente, der Sinn der internationalen Bindung. Die schädlichen Folgen für die Weltwirtschaft und die ganze Kultur sind leicht erkennbar. Sie bestehen vorzugsweise in der Hemmung produktiver Kräfte und zeigen sich praktisch nach jedem Preiseperiment. Infolge der höheren Kaffeepreise verbraucht Deutschland zum Beispiel heute nur noch 30 Prozent der Kaffeesmengen wie vor dem Krieg. Ein Rückgang im Verbrauch ist selbst im reichen Nordamerika eingetreten. Bezuglich der Drosselung der Gummiherstellung rechnen Fachleute Ende des laufenden Jahrzehnts mit so phantastisch hohen Gummiwerten, daß die Automobilisierung der Welt ernstlich ins Stocken geraten dürfte. Die Auswirkungen hoher Stahl- und Eisenpreise brauchen wohl nicht näher dargelegt zu werden.

Wie sich die Idee der internationalen Bindung in der Eisenwirtschaft förmlich praktisch verwirklichen wird, läßt sich zur Stunde nur vermuten. Die Wiedererrichtung des internationalen Schienensyndikats könnte mit Bestimmtheit darauf hindeuten, daß es bald ankommt im Anschluß an eine deutsch-französische Industriekonsolidierung, um Einigungskartierungen bestimmter Typenproduktionen, zunächst also von Schienen und Eisenbahnen vielleicht auch von Fahrzeugen, handeln wird. Wir könnten so eine Reihe von Bindungen, wie wir sie vor dem Kriege gehabt haben. Im allgemeinen zeigt sich aber gegenwärtig das Bestehe, möglichst sofort die ganze Industrie in ein einziges Syndikat einzubeziehen. Wie stehen das an der jüngst getroffenen Abmachung zwischen der Eisenindustrie Deutschlands und Frankreichs, die in die Produktion, die Preis- und Absatzfrage und selbst in die künftige Kapitalanlage in einer Welt eingreift, als ob die Leitung eines Riesenkonzerns über Tochtergesellschaften bestünde, die nicht durch Grenzschranken politisch voneinander getrennt sind. Technisch scheint sich ja auch die Entwicklung in der Stahlindustrie vollziehen zu wollen. In der Eisenwirtschaft dürfte man ohne Zweifel die Eisenkarteile auch in einem Dachsyndikat zusammenfassen, um den ganzen Produktionsgang in die Hand zu bekommen. Als Beispiel sei hier die Wiedererrichtung des internationalen Eisenkonzerns über eine Reihe von Spezialkartellen vor allem den Stahlwerksverband, die Kartelle für A = Produktion und B = Produkte (Kohlenverarbeitung). Die Gründungen erfolgten auch als Vorbereitung des internationalen Eisenkonzerns. Technisch ging die Entwicklung in Frankreich. Während der Verhandlungen zwischen den deutschen und französischen Eisenindustriellen in Köln und Paris sind in Frankreich wieder große Verhandlungsorte für Kohlen, Fahrzeuge, Schienen, Großblech und Träger errichtet worden. Bei der Vereinbarung über eine Preiskonvention zwischen den französischen und belgischen Eisenindustrien wurde zugleich die Umwandlung in ein förmliches Syndikat vollzogen. Die Kartellorganisationen, wie zum Beispiel das Office de la Statistique de la Production Métallurgiques in welches die französischen Hüttenwerke vor mehreren Monaten zusammengefasst wurden, werden rasch ausgebaut. Nicht so glückt es in anderen Ländern, zum Beispiel in England, wo der mehr ausgeprägte individuelle Charakter des Unternehmensgrößen Schwierigkeiten macht, sich einem Kartellreglement zu unterwerfen, als in der durchaus entperöplichten und verächtlichen, in der Hoffnung auf dem Effektivkapitalismus ausgebauten deutschen Wirtschaft. Auch die Amerikaner machen wie der bekannte Paul Pool schon im alten Schienensyndikat Schwierigkeiten, die aber, wie der Abschluß des neuen Schienensyndikats nun zeigt, zu überwinden sind. Auch in England hat sich die Zunahme für Kartelle und Syndikate unter Einfluß der Wirtschaftskrise ohne Zweifel gehoben. Die von den deutschen Eisenwerken auf dem Eisenstag in Sodrücken neu erhobene Forderung nach erhöhtem Eisenzoll, der bei einer einigermaßen ländlichen „freundlichen“ Auseinandersetzung des Marktes überflüssig ist, könnte allerdings vermuten lassen, daß die Schwierigkeiten im Laufe der schwierigen Verhandlungen, die ausgeschlagend sind für den Abschluß des deutsch-französischen Handelsvertrages, wachsen. Aber diese Schwierigkeiten sind, älter Erfahrung gemäß, zuletzt immer Gegenstand um die Beziehungen und die Quoten. Sie werden es nicht verhindern, daß Frankreich und Deutschland, auch ohne Zutun Englands und Amerikas zum kontinentalen Eisenblock kommen, den die anderen Länder nicht allein lassen werden. Wenn es in Kürze an die „Konkurrenz“ der Weltseewirtschaft und die Stabilisierung der Weltseewirtschaft geht, werden alle Staaten dabei sein. Der Eisenkonzern ist da. Die Konsolidierung des internationalen Eisenkapitalismus hat sich vollzogen.

Selbstverständlich ist dieser Trust eine Gefahr für die Arbeiterschaft, zunächst, soweit die Auswirkungen der Produktionsdrosselungen auf den Arbeitsmarkt und die erhöhten Verbrauchspreise in Frage kommen, später, aber in absehbarer Zeit, bei Arbeitskonflikten. Daraus beugen sich auch u. a. die in Köln stattgefundenen Begegnungen zwischen den Gewerkschaften Deutschlands, Frankreichs und Belgiens. Die Frage spielt sich hier nach der Richtung zu, ob dieser Trust im Interesse der von ihm bedrohten Männer nicht von Staatswegen einer Kontrolle zu unterwerfen ist. Dazu ist zu bemerken, daß die Leiter dieses Riesenkonzerns mit den Regierungen der in Frage kommenden Länder meistens identisch sind, sie zum mindesten stark beeinflussen und dirigieren. Vertreter der Regierung in diesem Trust dürften, selbst wenn sie der Arbeiterschaft nahestehen, machtlos sein, solange der Staat als solcher nicht Macht genug gegen den Privatkapitalismus hat. Daraus ergibt sich die Aufgabe, dem Staat die Macht durch Stärkung der Partei und der Gewerkschaften zu überlassen. Die Konsolidierung des internationalen Eisenkapitalismus hat sich vollzogen.

Für die Arbeiterschaft ist die ganze Entwicklung nur ein Machtkampf! W. E.

## Der Kampf der Holzarbeiter.

Köln, 20. Juni. Nun haben auch die Kölner Arbeitgeber der Holzindustrie nach dem Besluß ihrer Zentrale einen Teil der Holzarbeiter auf die Strafe geworfen. Die Arbeitgeber von Köln sind nach den vorliegenden Berichten mit sehr gemischten Gefühlen in diese Aktion hineingeschoben. Namenslich unter den Tischlermeistern sind zahlreiche Unternehmer über den Ausperrungsbeschluß ihrer Zentrale zur Tagesordnung übergegangen; denn bis zur Stunde sind nur etwa 600 Holzarbeiter, also ein Fünftel der Beschäftigten, ausgeworfen worden. Diese Ziffer wird vielleicht noch eine kleine Änderung erfahren, aber es steht bereits jetzt fest, daß die Kölner Arbeitgeber der Holzindustrie zum größeren Teil die wirtschaftsschädigende Parole ihrer Zentrale nicht befolgen.

Köln, 20. Juni. Im Kölner Wirtschaftsgebiet bereitet sich ein großer Kampf der Holzarbeiter vor. Der Arbeitgeberverband hat bekanntlich jede Vorrerhöhung abgelehnt. Zurzeit bemüht sich der Schlichter vom Rheinland um einen Ausgleich. Doch sind seine Bemühungen angesichts der starthaften Haltung der Arbeitgeber vollkommen fruchtlos geblieben und auch weiterhin ohne Aussicht auf irgendwelchen Erfolg. Den Arbeitern wird natürlich nichts anderes übrig bleiben, als am letzten gewerkschaftlichen Mittel zu greifen. In der Kölner Kabelindustrie ist der Kampf bereits offen ausgebrochen. Das große Kabelwerk Kölns, das Karlswerk, wird in wenigen Tagen durch einen Streik in Walsdorf und den Anschluß der für die Aufrechterhaltung der Betriebe entscheidenden Arbeitergremien an die Bewegung vollkommen zum Stillstand kommen. Das Werk beschäftigt etwa 5000 Arbeiter. Auch in den übrigen Kabelwerken haben die entworfene Gruppe der Arbeiterschaft ihre Solidarität mit den freitenden Kollegen im Karlswerk festgestellt und sind ebenfalls in die Bewegung eingetreten.

Wie aus Elberfeld gemeldet wird, haben nunmehr die Arbeitgeber auch im Bergischen Land die Ausperrung aufgezogen. Bisher sind 1000 Holzarbeiter ausgesperrt.

Die Stimmung der Holzarbeiter ist trotz allem durchaus zuversichtlich. Man hat sich trag der wenig einheitlichen Haltung der Unternehmer auf eine längere Dauer der Ausperrung einig. Es wird damit gerechnet, daß der Kampf noch drei bis vier Wochen dauern kann. Da aber der große Teil der Holzarbeiter in Arbeit steht, so ist es nicht schwer, durch die Schließung

eines Extrabudgetes die notwendigen Mittel für die erfolgreiche Durchführung des Kampfes herzustellen.

Weniger gesetzesbewußt ist man bei den Unternehmern. In den Bezirken wird von den einzelnen Arbeitgebern, aber auch von ihren Organisationen alles versucht, um sich der Ausperrung zu entziehen. Man drängt außerordentlich heftig auf zentrale Verhandlungen hin. Dieser Druck ist auf die Zentraleleitung der Arbeitgeberorganisationen nicht ganz ohne Wirkung gewiesen, aber die in dieser Richtung in Berlin unternommenen Schritte haben noch keinen Erfolg gehabt. Interessant ist übrigens, daß die Unternehmersorganisation nicht nur durch hohe Konventionalstrafen ihre Mitglieder zur Durchführung der Ausperrung anhält, sondern daß sie sogar rege rechte Rollenkommandos gebildet hat. Die Herren Syndikat führen im Auto von einem Betrieb zum andern, um ihn zu räumen. Aber auch diese Methoden hat nicht zum Ziel geführt. Die Holzindustriellen haben den von ihnen propozierten Kampf noch nicht gewonnen!

## Kein Einigungsabskommen des Unternehmers.

Am 17. Juni fanden unter dem Vorwurf eines Verstoßes des Schlichters für Westfalen in Dortmund Verhandlungen über den Geschäftsbereich der Angestellten der nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie statt. Da bei der Grundabschluß einigung der Unternehmer nicht einigte, so wurde ein neuer Vertrag abgeschlossen.

Die kommunistischen Gewerkschaftsvertreter erzielten den Erfolg, daß die Unternehmer die Arbeitgeberorganisationen verpflichten, die Gewerkschaften der Angestellten der Eisen- und Stahlindustrie zu unterstützen und die Gewerkschaften der Angestellten der Eisen- und Stahlindustrie zu unterstützen. Durch diese Verpflichtung wird die Gewerkschaften der Angestellten der Eisen- und Stahlindustrie in der Gewerkschaften der Angestellten der Eisen- und Stahlindustrie integriert.

Eins und die Disziplin der freiorganisierten Arbeiterschaft verloren hatte, aus Moskau plötzlich der Gegensatz! Wieder hinein in die Gewerkschaften! Man versucht sich heute, nachdem die Bildung eigener kommunistischer Gewerkschaften sich als stärkster Misserfolg herausgestellt hat, von der Minierarbeit innerhalb der Gewerkschaften mehr als von der offenen Bekämpfung. Nun zeigt sich allerdings, daß die kommunistischen Politiken nicht so bedingungslos an diese neueste kommunistische Parole in der Gewerkschaftsfrage eingeschworen wollen. Der bekannte günstige Wind hat dem Völkervertreter des Sozialistischen Freien Deutschen ein Dokument der politischen Abteilung der KPD auf den Tisch geworfen, das als „sehr wichtig und streng vertraulich“ bezeichnet wird und auch Bezugsschleier für die Partei jeglicher Art ist. In diesem Dokument wird bewußt Klage darüber geführt, daß die Position des Kommunistischen Freien Eisenbahnerverbandes entschlissen sei, mit der Kommunistischen Partei, dem kommunistischen Reichsbahndienst und der Roten Gewerkschaftsinternationale zu brechen. Solchen Bestrebungen müsse von den einzelnen Ortsgruppen der Kommunistischen Partei im ganzen Reich stärker protest entgegengesetzt werden. Dem bestimmen

komunistischen Führer des Freien Eisenbahnerverbandes Schmidke müsse die Führung entzogen werden, damit die Voraussetzungen für die Vereinigung des Freien Eisenbahnerverbandes mit dem Deutschen Eisenbahnerverband geschaffen werden. Deshalb gelte es, im Freien Eisenbahnerverband eine Opposition der Anhänger der Roten Gewerkschaftsinternationale heranzubilden. Das Ziel ist dann genau anzugeben, wie im einzelnen die Zellbildung in dem kommunistischen Freien Eisenbahnerverband zu erfolgen habe. So soll u. a. den in der KPD organisierten Mitgliedern des Freien Eisenbahnerverbandes ein Revers vorgelegt werden, in dem sich der Einzelne verpflichtet, im Sinne der Prinzipien des 5. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale und des 3. Weltkongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale zu kämpfen. Wer diesen Revers nicht unterzeichne, soll fliegen und aus der kommunistischen Organisation ausgeschlossen werden.

So rächt sich alle Schuß auf Erden! Nachdem die kommunistische Zersetzungskampagne es nicht fertiggebracht hat, die festgefügten Organisationen der freien Gewerkschaften zu zerstören, ist sie jetzt glücklich so weit gekommen, daß sie in ihren eigenen,

auf Befehl Moskaus gegründeten Gewerkschaften die Zersetzung vornehmen muß.

### Breslauer Bauarbeiter!

Die für Mittwoch, den 24., angelegte Versammlung läßt aus, dafür findet eine Delegierten- und Vertreterversammlung statt.



## Das Buch!

Weltzeitung aus dem Tage. Einheitliches Blatt, der findet seinen steuerlichen Grund im Buch.

Vollswacht-Buchhandlung, Neue Graupenstraße 3



### Direkt aus der Fabrik

ohne jeden Zwischenhandel liefern wir für

Mk. 230 per Liter

einschließl. Steuer den berühmten

### Alten Breslauer

35 %

Unsere in ganz Deutschland berühmten

### Edel - Liköre

320 360 per Liter

Mk. 3 und von Riesenfässern, Flaschen mitbringen.

Dampf-Destillierwerk 2916

### Herzberg & Co.

Höfchenstraße 48.

Arbeitsmarkt

Händler i. Gr. Seite 16. Lippert, Heinrichstraße 16.

Bez.-Vertreter

zum Vertrieb für ges. geh. Haushaltungseinheiten geführt.

Wohnraumbedarf etwa

25,- 600,- C. Grapow,

Berlin-Wilmersdorf, Mannheim-Straße 38.

Rationen-Arbeiterinnen

und Lehrlinginnen werden eingestellt.

Max Herrmann, Rationengewer

2851 Rosenthalstraße 25-29.



## Cheirungen in der Tierwelt.

### Das Gänseförd.

Das Pferd wird auf Eben allmählig überflügigt. Die Kanalisation wird abgeschafft, Postkoffer, Drähte, Stahlketten und sogar die Reitstiefel des Dr. Andlauft laufen als Autotire. Da malo hieß es ziegen- oder Kaninchenschwanz, oder feinstes dänisches Guatsch.

Es gibt zwar Pferde, die rechnen und Quadratwurzeln meistern können, aber für die Laufbahn als Mathelehrer profiliert sie sich nicht so recht, weil sie ihre Kenntnisse nicht nach der vom Kultusministerium vorgeschriebenen und von den Universitäten eifrigst geprägten Studienmethode erworben haben, denn ebenso wichtig wie die Kenntnisse selbst ist eine Bekleidung darüber, daß sie nicht etwa nur durch eigenes Denken gewonnen, sondern hübsch vorstellbar eingetrachtet worden sind.

Gut, wenn ich dann als Proletarier enden und nicht einmal mehr als Kinderbraten getötet werden soll, so sollen doch wenigstens meine Nachkommen wieder zu Ehren kommen, sagt der berühmte Steppenreiter Abdulla II.

Wir sollen unter die Sieger gehen, sie sollen Pogosse werden, und Gänsebraten ist auch das Beste. Das Refugium seiner Erzeugungen sieht man hier.

Auch der alte Griechen Odysseus hatte den Ersatz, seinen Sohn Nestor als Stock auszubilden, aber das Experiment nahm einen unerträglichen Ausgang, und vorläufig werden mit unsre wohlausgestatteten Jüngern noch lange nicht entbehen können. Um so forschiger werden wir sie ziegen.

### Kulturole Sie!

Sie werden dann nicht mehr mit hämmenden, schwülen, wunden und brennenden Füßen durch die Weltgeschichte humpeln, sondern kultivolus und kultivolgend über Berg und Tal hüpfen.

Zum Abschluss gehören natürlich die echten Kulturole-Präparate, nicht irgendwelche minderwertige Ersatzmittel.

Um vorzuherrschen kaufen Sie die Kulturole-Präparate in der vollständigen Auspackung, die alle drei enthalten: das wohlverdiente Kulturole-Süßbad, den Kulturole-Sterupuder, das millionenfach bewährte Kulturole-Hühnchenfutter-Pflaster. Sie kommen bei der Auspackung 25 Pfennig billiger weg, als wenn Sie die Präparate einzeln kaufen.

Wollen Sie aber zunächst einen kleinen Versuch machen, so verlangen Sie eine Probeportion Kulturole-Süßbad, die nur 30 Pfennig kostet.

Sollte alle Krebsen und Krabbenarten führen die echten Kulturole-Präparate. Sollte sie die eine noch nicht haben, so hat sie die nächste um so sicherer.

Weitere Wünsche geraten im Sommer das Kulturole ist, wird durch die Tatsache bestätigt, daß

### Grillen mit Kulturole.

Außerdem auch Sie! Nicht nur die Füße werden frischer, elastischer, leistungsfähiger, sondern der ganze Körper. Sie wissen ja, wie zerknallt Sie sich fühlen, wenn die Füße brüderlich zusammen. Bleiben Sie den Verdacht sofort, Sie werden Erfüllung haben, sich dieses Erfüllung zu schenken.

Die Kulturole-Präparate werden unter ständiger Aufsicht eines approbierten Apothekers und eines Chemikers hergestellt. Die Notwendigkeit der Kulturole-Applikation wird heute allgemein erkannt. Kulturole-Mittlerungen setzen Ihnen unsere neue Draufdrift, die wir Ihnen auf Dauerdienstbasis übermitteln.

**Kulturole, Ganz-Ganz bei Magdeburg**

amt: Kulturole. Vertriebungsgebiet: Sachsen-Anhalt.

### Garnelen-Anzeigen

Am 18. Juni verstarb unser Freund und Kollege, der Arbeiter

### Rudolf Kasimir

im Alter von 57 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm 995b

Die Kollegen der R. S. A. der Links - Linken - Linken - Werke.

Beerdigung: Montag, den 22. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle St. Heinrich, Heubest.

Am 19. Juni, nachmittags 5 Uhr, verstarb unser werles Mitglied

### Gustav Henschke

im Alter von 56 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm 745

Die Mitglieder der Schärgenasse f. W. Hörrey.

Beerdigung: Dienstag, nachm. 3 Uhr, von der Kapelle des St. Salvatorfriedhofs.

### Stadttheater.

Montag 7. Uhr: „Margarethe“ (2. Aufz.). 2912

Dienstag 7. Uhr: „Julius Caesar“. 2912

Mittwoch 7. Uhr: „Der Frackdeuter“.

Vereinigte Theater

9. m. b. H. Telefon Ring 6714 u. Ring 6700

Lebe-Theater.

Mittwoch, Dienstag 2. Uhr.

Sechs Personen suchen einen Autor von Luigi Pirandello.

Mittwoch, nachmittags 3½ Uhr, zu kleinen Preisen:

„Missa von Saribels“ Lustspiel von Lessing.

Theatra - Theater.

Montag, Dienstag abends 8 Uhr zu kleinen Preisen:

„Die heilige Johanna“ von Bernhard Shaw.

## Liebich-Theater

Die letzten Vorstellungen!

Bernauer Luchschlager.

**Ep oder Ep**

mit

### Hartstein

in seiner

Max - Jupp - Kalle.

Sonntag, 28. Juni

Nachtspiel-Abend

### Hartstein

und

Ende der

Variete-Sachsen

Soisbachtal

und

Georg Schmid

Telefon 2400-1000

von Georg Schmid

Telefon 2400-1000